APD INFORMATIONEN
DES ADVENTISTISCHEN PRESSEDIENSTES

ZENTRALAUSGABE FÜR DEUTSCHLAND

DEZEMBER 2018
35. JAHRGANG

DEUTSCHLAND

Baumpflanzungen im Luthergarten Wittenberg abgeschlossen 2
„Religion kann den Unterschied zum Guten machen“ 3
„Schuld und Versagen“ sowie „Mut zum Frieden“ 4
Bayern: Adventisten gratulieren Söder 6
Zusammenarbeit durch gegenseitiges Vertrauen 7

INTERNATIONAL

Brände in Kalifornien: auch Adventisten betroffen 9
Chrischona stärkt Bildungsarbeit und erneuert Strukturen 10
Verschwörungstheorien: „Wer nichts mehr glaubt, glaubt am Ende alles“ 11
Schweiz: Christen, Juden und Muslime erstmals mit gemeinsamer Flüchtlingserklärung 13
Philippinen: erstes Zentrum für digitale Evangelisation gegründet 15
Adventist zum Obersten Richter von Papua-Neuguinea ernannt 16
Adventisten in Nordamerika stellen Abgabenhöhe an Weltkirchenleitung infrage 17
Otto Uebersax – ehemaliger Kirchenleiter der Adventisten mit 102 Jahren verstorben 18
Nordamerikanische Adventisten nehmen Stellung zum Beschluss der Weltkirchenleitung 19

SOZIALES & ENTWICKLUNG

Australien: Partnerschaft zwischen Adventisten und Mäßigkeitsbewegung weiterhin stark 21
Bundesregierung soll sich für Konfliktlösung im Jemen einsetzen 22
USA: Zellproben von Florida Hospital an Internationale Raumstation ISS geschickt 23
USA: ADRA vergibt Auslands-Stipendien für Freiwilligentätigkeit 25

KULTUR

Evangelium weitergeben, Orientierung in Lebensfragen 26

MEDIEN

Südamerika: Adventisten starten integrative Gesundheits-Webseite 28
7. MEDIA-DAY der Adventisten: „Brauchen Medien Ethik?“ 29
Pfingstgemeinden: Kirchen-Magazin „GEISTbewegt!“ wird eingestellt 30
Arbeitshilfe zur Situation der Christen in Kuba und Venezuela 31
SEA-Medientag: „Darstellung der (Frei)Kirchen in den Medien“ 32
REZENSION: Liebold/Mannewitz/Petschke/Thieme (Hrsg.), *Demokratie in unruhigen Zeiten* 34

IMPRESSUM 39

DEUTSCHLAND

Baumpflanzungen im Luthergarten Wittenberg abgeschlossen

Adventistischer Partnerbaum in Friedensau
© Foto: Jens Mohr/APD

Lutherstadt Wittenberg/APD In Wittenberg wurde am Reformationstag 2018 mit zwölf symbolischen Baumpflanzungen die Bepflanzung des Luthergartens offiziell abgeschlossen. Seit 2009 wurden damit insgesamt 500 Bäume von Kirchen und Gemeinden aus aller Welt gepflanzt.

Der letzte Baum des Luthergartens ist eine kleinkronige Winterlinde. Sie wurde für das Deutsche Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes (DNK/LWB), dem Initiator des Projektes, gepflanzt. Neben dem Baum für das DNK/LWB wurden elf weitere Bäume gepflanzt, unter anderem von Kirchen und Einrichtungen aus den USA, aus Tansania, dem Irak, der Tschechischen Republik und Italien. Zu jedem dieser Bäume soll auch ein Partnerbaum in der Heimatkirche gepflanzt werden, teilte das DNK/LWB mit. „Der Luthergarten ist ein lebendiges Reformationsdenkmal“, betonte die Direktorin des LWB-Zentrums Wittenberg, Inken Wöhlbrand.

Auch die Adventisten pflanzten zwei Bäume
Unter den 500 Bäumen befinden sich auch zwei Bäume der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Am 3. März 2015 führten deren Freikirchenleitungen in Berlin-Mitteldeutschland und in Niedersachsen-Bremen im Luthergarten eine symbolische Pflanzung mit je einem Rot-Ahorn durch. Die beiden Partnerbäume stehen auf dem Gelände der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg und dem Seniorenheim der Freikirche in Uelzen.

Weitere Informationen über den Luthergarten, inklusive Angaben zu allen gepflanzten Bäumen, sind unter www.luthergarten.de zu finden.

„Religion kann den Unterschied zum Guten machen"

Jahrbücher zur Religionsfreiheit und zur Verfolgung und Diskriminierung vorgestellt

Vorstellung in Berlin: Heribert Hirte, Markus Grübel, Martin Lessenthin, Thomas Schirrmacher (v.l.)
© Foto: Dietmar Päschel/APD

Berlin/APD Die *Internationale Gesellschaft für Menschenrechte* (IGFM) hat die Jahrbücher „Religionsfreiheit" und „Verfolgung und Diskriminierung von Christen" für das Jahr 2018 vorgestellt. Sie dokumentieren Einschränkungen von Religionsfreiheit und sollen verlässliche Informationen für Politik und Zivilgesellschaft bieten. Die Jahrbücher werden gemeinsam von der IGFM, der Deutschen, Österreichischen und Schweizerischen Evangelischen Allianz sowie dem Internationalen Institut für Menschenrechte herausgegeben.

Religionsfreiheit grundlegend

„Wo die Freiheit des innersten Glaubens und der innersten Überzeugungen verloren geht, stehen auch viele andere Menschenrechte auf verlorenem Posten", betonte Professor Dr. Thomas Schirrmacher, Mitherausgeber der Jahrbücher und Präsident des Internationalen Rates der IGFM. Es sei fraglich, ob beispielsweise Pressefreiheit wirklich gewährleistet sei, wenn man nicht sagen dürfe, was man glaube, so Schirrmacher. Weil Religionsfreiheit ein Menschenrecht sei, gehöre es zusammen, nicht nur für die Religionsfreiheit von Christen, sondern auch von Angehörigen anderer Religionen einzutreten.

Beauftragter der Bundesregierung für Religionsfreiheit

Ausdrücklich begrüßten die Herausgeber, dass mit Markus Grübel (CDU) erstmals ein Beauftragter der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit berufen worden ist. Neben der zunehmenden Verletzung von Religionsfreiheit hob Grübel bei der Vorstellung der Jahrbücher auch positive Beispiele des interreligiösen Miteinanders hervor. So würden in Nigeria ein Imam und ein Erzbischof gemeinsame Feste gestalten, und im nordirakischen Mossul hätten Jugendliche gemeinsam eine Kirche und eine Moschee gereinigt. „Religion kann den Unterschied zum Guten machen", resümierte Grübel. Nach den Worten des Beauftragten sei es erforderlich, die Öffentlichkeit für die Brisanz des Themas zu sensibilisieren und den interreligiösen Dialog weiter zu stärken.

Die Jahrbücher 2018 „Religionsfreiheit" und „Verfolgung und Diskriminierung von Christen" sind im Buchhandel erhältlich und können auf der Website www.bucer.de/institute/iirf.html kostenfrei heruntergeladen werden.

„Schuld und Versagen" sowie „Mut zum Frieden"

Stellungnahmen der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten zum Ersten Weltkrieg

Bundesarchiv, Bild 183-R34275
Foto: o.Ang. | Dezember 1918

Rückkehr deutscher Truppen Anfang Dezember 1918 in Berlin.
© Foto: Bundesarchiv, Scherl Bilderdienst/Wikimedia Commons (gemeinfrei)

Ostfildern bei Stuttgart/APD Am 11. November 1918 unterzeichneten Deutsche und Alliierte in einem Eisenbahnwagen bei Compiègne in Nordfrankreich ein Waffenstillstandsabkommen. Damit endete der „Große Krieg" bei dem zwischen 15 und 17 Millionen Menschen starben. Der Erste Weltkrieg wurde von 1914 bis 1918 in Europa, im Nahen Osten, in Afrika, Ostasien und auf den Ozeanen geführt. Auch die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland hat zu den hundertsten Jahrestagen zum Beginn und Ende des Krieges Erklärungen herausgegeben.

Mut zum Frieden

„Mut zum Frieden" lautet die Stellungnahme der Adventisten zum Ende des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren. Sie wurde bereits am 4. Dezember 2017 während der Jahressitzung des Ausschusses der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland beschlossen und in der Februar-Ausgabe 2018 der Kirchenzeitschrift „Adventisten heute" veröffentlicht. Die Freikirchenleitung empfiehlt in der Erklärung ihren Mitgliedern, sich weder direkt noch indirekt an einem Krieg zu beteiligen.

Dabei gelte zu bedenken, dass Krieg nicht gerecht sei. „Hinter jedem militärischen Konflikt stecken offene und versteckte Interessen, die nicht vom reinen Streben nach Gerechtigkeit getrieben sind." Das Schicksal der Menschen in Konfliktgebieten sei häufig zweitrangig. „Wenn ein Krieg endet, heißt das nicht, dass damit der Frieden begonnen hat." Das sei eine Lehre aus dem Ersten Weltkrieg, der erst der Auftakt einer modernen Kriegsführung gewesen wäre. Heute habe sich die Art und Weise, wie Kriege geführt würden, durch Cyberkrieg, Drohnenangriffe, autonome Waffensysteme, Bedrohung durch ABC-Waffen und weltweitem Terrorismus noch einmal drastisch verändert. Dabei seien die Konfliktlinien und Kriegsparteien oft nicht mehr eindeutig auszumachen, so die Stellungnahme.

Kein freiwilliger Dienst in der Bundeswehr

„Jesus Christus hat seine Nachfolger zu Friedensstiftern berufen", wird in der Erklärung hervorgehoben. Wo Menschen im Frieden mit Gott lebten, suchten sie auch den

Frieden mit Menschen; denn der Friede sei unteilbar und durchdringe alle Lebensbereiche. Daher empfiehlt die Freikirchenleitung ihren Mitgliedern sowie den Mitgliedern der Adventjugend in Deutschland, „sich weder direkt an einem Krieg im Rahmen des freiwilligen Dienstes in der Bundeswehr noch indirekt bei der Vorbereitung eines Kriegs durch Mitwirkung an der Waffen- und Zubehörproduktion sowie an der Informationstechnik zu beteiligen." Seit Aussetzung der Wehrpflicht in Deutschland im Jahr 2011 biete die Bundeswehr Anreize, sich freiwillig für die Streitkräfte zu verpflichten, etwa eine Berufsausbildung oder ein Studium. Trotzdem „ermutigt unsere Kirche aufgrund des nichtkämpferischen Grundgedankens der Bibel … niemanden, sich dem Militär anzuschließen", wird der Präsident der adventistischen Generalkonferenz (Weltkirchenleitung), Pastor Ted N. C. Wilson, zitiert. Er macht darauf aufmerksam, dass die Siebenten-Tags-Adventisten „ihr historisches Zeugnis für den Frieden und den Dienst ohne Waffen" seit ihrem Bestehen nicht aufgegeben hätten.

Friedensstifter beginnen im eigenen Umfeld

„Frieden zu stiften fängt in den menschlichen Beziehungen des eigenen Umfelds an und setzt sich von dort fort bis in gesellschaftspolitische Verantwortungsübernahme", so die deutsche Freikirchenleitung in ihrer Erklärung. Zum Frieden beitragen könne daher auch der Einsatz für die Religionsfreiheit, Armutsbekämpfung durch Bildung, Erhaltung der Gesundheit durch Krankenhäuser und Gesundheitsaufklärung, Unterstützung von Lebensqualität durch die Arbeit der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe (ADRA) sowie des Advent-Wohlfahrtswerks (AWW). Versöhnung, Vergebung, Frieden und Gerechtigkeit würden nur auf dem Boden einer gewaltfreien Lebensart gedeihen; so, wie es Jesus Christus, in seinem Leben und Sterben vorgelebt habe. Deshalb werden die Mitglieder der Freikirche aufgefordert, ihre Verantwortung in dieser Welt gewaltfrei auszuüben. Da Adventisten glauben, dass mit Jesu Wiederkunft das Friedensreich Gottes „auf uns zukommt", sollten sie diesem Friedensreich schon heute durch ihr Verhalten entgegengehen.

Schuld und Versagen im Ersten Weltkrieg

Kurz nach der allgemeinen Mobilmachung empfahl am 2. August 1914 die mitteleuropäische Leitung der Siebenten-Tags-Adventisten in Hamburg in einem Rundschreiben den einberufenen Adventisten, ihre „militärischen Pflichten freudig und von Herzen [zu] erfüllen", von den Kriegswaffen Gebrauch zu machen und auch am Sabbat den Kriegsdienst zu versehen. Das Schreiben und weitere derartige Veröffentlichungen riefen während des Ersten Weltkriegs in den Gemeinden einen vielschichtigen Protest hervor, der zu Spannungen führte. Daran erinnert eine Stellungnahme zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren, welche die Ausschüsse des Süd- und Norddeutschen Verbandes der Freikirche am 6. und 13. April 2014 beschlossen und in der Gemeindezeitschrift „Adventisten heute", Mai 2014, unter dem Titel „Schuld und Versagen" veröffentlichten.

Viele Adventisten hätten in diesem „Großen Krieg" ein Zeichen des Weltendes gesehen. Während vor dem Krieg nicht wenige Adventisten den Dienst beim Militär am Sabbat (Samstag) verweigert und dafür teilweise drastische Strafen in Kauf genommen hätten, sei von manchen bei Kriegsbeginn die Meinung vertreten worden, zur Vorbereitung auf die unmittelbar bevorstehende Wiederkunft Jesu gehöre es, auch den Gebrauch der Waffe abzulehnen, heißt es in der Erklärung.
„Heute erkennen und bekennen wir", so die beiden deutschen Ausschüsse der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, „dass unsere Väter in diesen Auseinandersetzungen oftmals nicht im Geist der Liebe und Versöhnung gemäß dem

Vorbild Jesu gehandelt haben.“ Aus Sorge um den Bestand der Glaubensgemeinschaft seien Ratschläge erteilt worden, die dem Wort Gottes widersprochen und zu tiefgreifenden Verletzungen geführt hätten. Die damalige adventistische Leitung sei ihrer Verantwortung gegenüber den Gemeinden nicht gerecht geworden. Sie habe Glaubensgeschwister, die ihrer Meinung widersprachen, zu Unrecht des „Abfalls“ vom wahren Glauben bezichtigt und in einzelnen Fällen sogar von staatlichen Behörden verfolgen lassen.

Als Botschafter des Friedens und der Versöhnung wirken

In der Stellungnahme vom April 2014 wird zwar darauf hingewiesen, dass die damaligen Verantwortungsträger bereits 1920 und erneut 1923 ihre Erklärungen zum Kriegsdienst als „fehlerhaft“ zurückgenommen und bedauert hätten, „dass solche Dokumente herausgegeben worden sind“. Dennoch bekräftigen die beiden jetzigen deutschen Freikirchenleitungen: „Auch wenn heute niemand der damals Beteiligten mehr am Leben ist, so bitten wir doch ihre Kinder und Nachkommen ... um Entschuldigung für unser Versagen. Wir haben aus unserer leid- und schmerzvollen Geschichte gelernt, dass Kinder Gottes berufen sind, Menschen des Friedens zu sein und jede Form von Gewaltanwendung gegenüber Unschuldigen abzulehnen. Wir glauben, dass Nachfolger Jesu den Aussagen der Heiligen Schrift am besten Folge leisten, wenn sie in ihrer Umgebung als Botschafter des Friedens und der Versöhnung wirken.“

Die Erklärung „Mut zum Frieden“ kann im Internet heruntergeladen werden unter:
https://www.adventisten.de/fileadmin/adventisten.de/files/downloads/Dokumente_und_Stellungnahmen__%C3%B6ffentlich_/2017-12-04_Mut_zum_Frieden.pdf

Die Erklärung von 2014 „Schuld und Versagen“ ist zu finden unter:
https://www.apd.info/wp-content/uploads/2018/11/ah-2014-05_-_erklrung_der_sta_in_d_zum_1-_weltkrieg.pdf

---

Bayern: Adventisten gratulieren Söder

Dr. Markus Söder
© Foto: eye.d-photodesign/Thomas Lother

München/APD Der Präsident der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Bayern, Pastor Wolfgang Dorn (München), hat Dr. Markus Söder (CSU) im Namen der Freikirche in einem Schreiben zu dessen Wiederwahl zum Bayerischen Ministerpräsidenten gratuliert. Söder übernehme das Amt nach eigenen Worten in „paradoxen Zeiten“. Dies mache sein Amt zu einer herausfordernden Aufgabe, den

vielfältigen kulturellen, religiösen und sozialen Prägungen gerecht zu werden.

Pastor Dorn bat Söder, sich dabei „von den Werten des christlichen Glaubens leiten“ zu lassen. Dies würde dazu beitragen, „bei der Ausübung des Amtes ein frohes und dankbares Herz zu bewahren“. Dorn weiter: „Seien Sie sich der betenden und solidarischen Unterstützung vieler Christinnen und Christen gewiss.“ Er wünschte dem am 6. November erneut gewählten Ministerpräsidenten und seiner Familie Weisheit, Tatkraft und Gottes Segen.

Adventisten in Bayern
Die Siebenten-Tags-Adventisten in Bayern sind Teil einer weltweiten evangelischen Freikirche, die aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervorging. Gegenwärtig zählt sie über 20 Millionen erwachsene Mitglieder in 213 Ländern der Erde. In Bayern sind rund 4.500 Mitglieder in 70 Kirchengemeinden organisiert.

Zusammenarbeit durch gegenseitiges Vertrauen

Präsidenten der regionalen und überregionalen Kirchenleitungen der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland
© Foto: Nadine Cieslar/STA

Friedensau bei Magdeburg/APD Die Präsidenten der regionalen Kirchenleitungen (Vereinigungen) der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland haben anlässlich ihrer Beratungen vom 12. bis 14. November in Friedensau bei Magdeburg einstimmig bekräftigt, dass die Grundlage der nationalen und internationalen Zusammenarbeit auch weiterhin „das gegenseitige Vertrauen und die Verbundenheit in Jesus Christus sein soll“. Sie nahmen damit Stellung zum Beschluss des Exekutivausschusses der adventistischen Weltkirchenleitung (Generalkonferenz, GC-ExCom) vom 14. Oktober 2018, wie mit Regelverstößen von adventistischen Kirchenleitungen verfahren werden soll, die nicht in Übereinstimmung mit Beschlüssen der Weltkirchenleitung sind.

Disziplinarmaßnahmen möglich
Mit 185 zu 124 Stimmen sowie zwei Enthaltungen hatte der GC-ExCom das Dokument mit dem Titel „Beachtung und Durchführung der Beschlüsse der Generalkonferenz-Vollversammlung [Weltsynode] und des Exekutivkomitees der Generalkonferenz

[Weltkirchenleitung]“ angenommen. Aufgrund des beschlossenen Dokuments kann der Verwaltungsausschuss eines Verbandes oder einer Vereinigung (überregionale und regionale Kirchenleitung) Regelverstöße offiziell ermitteln und der jeweils nächsthöheren Dienststelle berichten. Werde keine Lösung auf der nächstgelegenen Verwaltungsebene gefunden, könne der Verwaltungsausschuss der Generalkonferenz (GC-AdCom) die Angelegenheit an einen von fünf Beratungsausschüssen, die als „Ausschüsse zur Aufsicht der Einheit“ bezeichnet werden, zur Prüfung verweisen. Sollten abweichende Beschlüsse nicht rückgängig gemacht bzw. keine Lösungsvorschläge unterbreitet werden, könne der Einheits-Ausschuss Empfehlungen für Disziplinarmaßnahmen gegen den Präsidenten der abweichenden Verwaltungseinheit abgeben.

Dieses Verfahren zur Schlichtung kirchlicher Angelegenheiten war durch die Diskussion um die Ordination von Frauen zum Pastorendienst ausgelöst worden. Obwohl sich die adventistischen Weltsynoden von 1995, 2000 und 2015 mehrheitlich gegen die Frauenordination entschieden haben, gibt es inzwischen regionale und überregionale Kirchenleitungen (Vereinigungen und Verbände), die Pastorinnen ordiniert haben und die damit nicht in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Generalkonferenz-Vollversammlungen sind.

Sensibler Umgang mit Gewissensfragen

Die Präsidenten der deutschen Vereinigungen betonen in ihrer kurzen Stellungnahme: „Die Grundlage der Konfliktbearbeitung bilden weiterhin ein partnerschaftliches Miteinander, geistliche Werte, Vertrauen und Respekt, das direkte Gespräch sowie der Geist des Evangeliums.“ Vielfalt sei nicht Bedrohung der Einheit, sondern deren Voraussetzung. Dazu gehöre ein sensibler Umgang mit Gewissensfragen in den adventistischen Kirchengemeinden. „Unser Umgang miteinander soll die Größe und den Reichtum Gottes widerspiegeln.“ Einigkeit herrsche in der Überzeugung, „dass wir weiterhin auf die volle Gleichstellung von männlichen und weiblichen Geistlichen hinarbeiten wollen und werden.“ Es wird dabei auf Artikel 14 der weltweiten Glaubensüberzeugungen der Siebenten-Tags-Adventisten verwiesen: „Unterschiede zwischen Mann und Frau dürfen unter uns nicht trennend wirken.“ Dazu gehöre auch, „dass der Weg zu diesem Ziel uns nicht trennen sollte“. Deshalb wird betont: „Wir legen Gott unsere Unzulänglichkeit vor, um sie in Weisheit und Mut zu wandeln.“

Siebenten-Tags-Adventisten eine weltweite Freikirche

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ist eine weltweit organisierte Freikirche mit über 21 Millionen mündig getauften Mitgliedern in 213 Ländern. In Deutschland gibt es knapp 35.000 Mitglieder. Die Freikirche ist wie folgt organisiert: Die örtlichen Kirchengemeinden in einem bestimmten Gebiet gehören zu einer regionalen Kirchenleitung (Vereinigung), mehrere Vereinigung bilden als überregionale Kirchenleitung einen Verband, die Verbände gehören zur Weltkirchenleitung (Generalkonferenz), die 13 teilkontinentale Kirchenleitungen (Divisionen) unterhält.

In Deutschland gibt es den Norddeutschen Verband mit den Vereinigungen Berlin-Mitteldeutschland (Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen), Hansa (Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern), Niedersachsen-Bremen sowie Nordrhein-Westfalen. Der Süddeutsche Verband umfasst die Vereinigungen Baden-Württemberg, Bayern und Mittelrhein (Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland).

INTERNATIONAL

Brände in Kalifornien: auch Adventisten betroffen

Satellitenaufnahme des „Camp Fire“ am 8. November 2018
© Foto: NASA (Joshua Stevens)/Wikimedia Commons (gemeinfrei)

Milton Freewater, Oregon/USA/APD Behördenangaben zufolge hat das verheerende Lauffeuer in Kalifornien/USA, das sogenannte „Camp Fire“, unter anderem 56 Menschenleben in der Kleinstadt Paradise gefordert. Wie der unabhängige journalistische Dienst *Adventist Today* (AT) berichtet, sind unter den rund 8.800 zerstörten Gebäuden in und um Paradise auch das Kirchengebäude der Siebenten-Tags-Adventisten im Ort sowie ein Teil der adventistischen Schule. Das Krankenhaus *Adventist Health Feather River* (AHFR) erlitt einige Schäden an seinem unteren Stockwerk, aber der Kern des Gebäudes sei in einem sehr guten Zustand.

Evakuierung von Patienten mit Privatfahrzeugen

Da sich das Lauffeuer mit großer Geschwindigkeit dem AHFR-Krankenhaus genähert habe, sei von der AHFR-Leitung die sofortige Evakuierung angeordnet worden, so Courtney Rasmussen, Kommunikationsverantwortlicher am *Adventist Health Feather River*-Krankenhaus in Paradise. Da man nicht auf Rettungsfahrzeuge haben warten können, hätten die Angestellten des Krankenhauses versucht, die Patienten in ihren Privatfahrzeugen aus der Gefahrenzone zu bringen.

Fast alle Bewohner von Paradise haben ihre Häuser verloren

Alle Häuser der adventistischen Pastoren in Paradise ebenso wie jene der Pastoren in Orland/Willows und Magalia seien zerstört worden, berichtete AT unter Berufung auf die regionale Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in Nordkalifornien. Das Feuer zerstörte ebenso die Häuser der meisten Lehrer der adventistischen Schule *Paradise Adventist Academy*. Rasmussen, dessen Haus auch durch den Brand zerstört wurde, sagte, dass die überwiegende Mehrheit der rund 600 Mitarbeitenden im Krankenhaus ebenso ihre Häuser verloren hätten. Laut AT seien bisher keine Todesfälle von Adventisten gemeldet worden.

Chrischona stärkt Bildungsarbeit und erneuert Strukturen

Benedikt Walker, Rektor tsc; Peter Gloor, Leiter Chrischona Schweiz; Wieland Müller, Chrischona Deutschland (v.l.)
© Foto: Michael Gross/tsc-Kommunikation

Bettingen/Schweiz/APD Der evangelische Verband *Chrischona International* bildet am Theologischen Seminar St. Chrischona (tsc) seit 178 Jahren Menschen aus. Um diese Bildungsarbeit zu stärken, beendet Chrischona die Verbandsarbeit und verändert Strukturen. Der „Verein Chrischona International" wird ab 2019 zum Verein „Theologisches Seminar St. Chrischona" und konzentriert sich ganz auf die theologische Aus- und Weiterbildung. Diese Erneuerung feierte Chrischona International laut eigener Pressemitteilung am 7. November 2018 mit rund 500 Gästen auf St. Chrischona in Bettingen/Schweiz.

Chrischona-Direktor wird tsc-Mitarbeiter

Demnach wird Thomas Rudin, bisheriger Präsident des Komitees von Chrischona International, neuer Präsident des Vereins Theologisches Seminar St. Chrischona und René Winkler, Chrischona-Direktor, wird nach einer Auszeit ab März 2019 als Mitarbeiter des tsc ohne Leitungsfunktion neu einsteigen. „Ich habe mich entschieden, mich auf die Chancen der Veränderungen zu konzentrieren und auf Jesus Christus zu vertrauen. Wir haben hier am Theologischen Seminar St. Chrischona noch einen großen Auftrag", erklärte er.

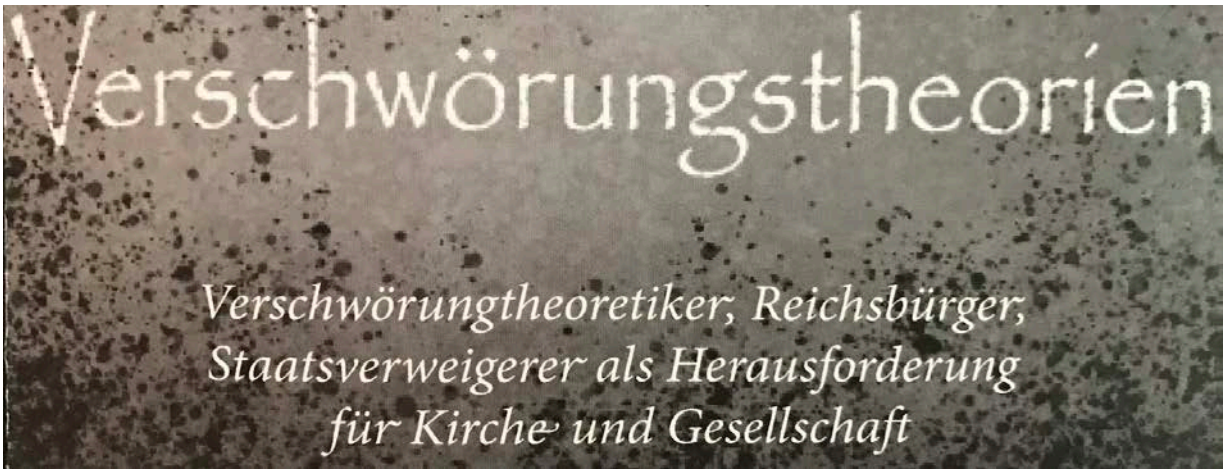
tsc-Netzwerk: „evangelische Lern- und Ausbildungsgemeinschaft"

Laut tsc-Pressemitteilung werden im „tsc-Netzwerk" viele Chrischona-Verbandsmitglieder künftig zusammenarbeiten. Benedikt Walker, Rektor des tsc, definierte das tsc-Netzwerk als „evangelische Lern- und Ausbildungsgemeinschaft". Das Theologische Seminar St. Chrischona erhoffe sich enger mit Verbänden, Werken und Menschen zusammenarbeiten zu können, so Walker. Auch einzelne Gemeinden könnten Netzwerkpartner werden. „Mein Traum ist es, dass im tsc-Netzwerk eins plus eins drei ergibt", verkündete Benedikt Walker.

Netzwerkvereinbarung von Chrischona Schweiz und Chrischona Deutschland

Die Gemeindeverbände Chrischona Schweiz und Chrischona Gemeinschaftswerk Deutschland unterschrieben am 7. November die Netzwerkvereinbarung. „Das ist die Struktur, die wir brauchen, wenn wir die Menschen der heutigen Zeit mit dem Evangelium erreichen wollen", sagte Peter Gloor, Leiter Chrischona Schweiz.

Verschwörungstheorien: „Wer nichts mehr glaubt, glaubt am Ende alles"



Flyer zur Tagung – Gestaltung: Marielle Lüthy, Neue Kantonsschule Aargau
© Foto: Herbert Bodenmann/APD Schweiz

Zürich/Schweiz/APD Am 9. November veranstaltete die Kommission *Neue religiöse Bewegungen* des *Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes* (NRB/SEK) in Zürich eine Tagung zu Verschwörungstheorien. Sie stand unter dem Thema: „Verschwörungstheoretiker, Reichsbürger, Staatsverweigerer als Herausforderung für Kirche und Gesellschaft". Die Referenten und Workshopleiter behandelten die Thematik aus psychologischer, soziologischer und theologischer Perspektive. Verschwörungstheoretiker bedienten sich zwar wissenschaftlichen Ausdrucksweisen, ließen sich aber mit rationalen Argumenten von ihrem Verschwörungsglauben nicht abbringen, weil ihnen ihre Weltsicht in einem komplexen Umfeld Durchblick, Halt und Sicherheit biete. Deshalb verbreiteten sie ihre Theorien mit missionarischem Eifer.

Verschwörungstheorien: eine säkularisierte Form von Aberglauben?
Verschwörungsgläubige legten einen missionarischen Eifer an den Tag, wenn es um die Verbreitung ihrer Theorien gehe, sagte Dieter Sträuli, Psychologe und Vorstandsmitglied von *infoSekta*. Er fragte, ob Verschwörungstheorien eine säkularisierte Form von Aberglauben seien, eine Art von Ersatzreligion. Sträuli erläuterte, dass Verschwörungstheorien ihre Wurzeln in der Struktur einer Person hätten.

Wie lassen sich Verschwörungstheorien gesellschaftlich erklären?
Christian Ruch, Historiker und Soziologe, definierte in seinem Workshop eine Verschwörung als eine Handlung von mindestens zwei Personen, die sich im Verborgenen auf ein Ziel einigen, das nur im Verborgenen erreicht werden könne und oft die Veränderung der Machtstruktur zum Ziel habe. Verschwörungstheorien seien keine Erscheinung der Neuzeit, so Ruch. 1348 wären die Juden im Zusammenhang mit der Pest der Brunnenvergiftung bezichtigt und verfolgt worden. „Hexen" seien für Missernten verantwortlich gemacht und umgebracht worden. Neu sei heute die Verbreitungsgeschwindigkeit von Verschwörungstheorien.

Dass Verschwörungstheorien zunehmend auftreten würden, bezeichnete Ruch als „Symptome von Unsicherheit und Angst" in Krisenzeiten. Das gesellschaftliche

Urvertrauen in die Institutionen sei am Schwinden und mache einem Urmisstrauen Platz. Hinzu komme, dass das Mehr an Wissen eine hochkomplexe Lebenswelt und Gesellschaft schaffe, was diese kaum durchschaubar mache. Anhänger von Verschwörungstheorien seien hyperrational, weil sie überall Sinn und Absicht sehen würden und auch in zufälliges Geschehen Absicht hineininterpretierten, so der Soziologe. „Verschwörungstheoretiker kennen keinen Zufall", erklärte Ruch. Auch dass es verschiedene Erklärungs- und Deutungsmöglichkeiten geben könne, werde von ihnen geleugnet.

Staatsverweigerer und ihre Vernetzung

Staatsverweigerer lehnten staatliche Strukturen ab, sagte der freie Journalist Raimond Lüppken in seinem Workshop. Begründet werde dies damit, dass Gesetze für „Personen" gemacht, sie aber „Menschen" seien. Er erwähnte zur Illustration die „Reichsbürger" in Deutschland und „Anastasia", eine in Russland gegründete New-Age-Bewegung. Viele Staatsverweigerer lehnten es ab als Rassisten bzw. Antisemiten bezeichnet zu werden. Sie seien Ethnopluralisten, die für die kulturelle Reinerhaltung von Gesellschaften eintreten würden und die Vermischung der Ethnien ablehnten. Laut Lüppken lehnten viele Staatsverweigerer auch das Impfen ab, seien gegen staatliche Schulen, setzten sich für die klassische Rollenverteilung von Mann und Frau ein und hätten Angst vor „Umvolkung", wie dies durch die gelenkten „Flüchtlingsströme" geschehe.

Im Sinnlosen Sinn finden?

Dr. Matthias Pöhlmann, Theologe sowie Vorsitzender der Konferenz der Landeskirchlichen Beauftragten für Sekten- und Weltanschauungsfragen in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), beschäftigte sich in seinem Referat mit theologischen Unterscheidungskriterien zum Verschwörungsglauben. Für Pöhlmann handelt es sich beim Verschwörungsglauben um eine globalisierte Version einer Religion. Zufall und Chaos in der Welt schaffe Unerklärliches, womit sich Verschwörungsgläubige nicht abfinden wollten und Schuldige bzw. sinnvolle Welterklärung und Gesetzmäßigkeiten suchten.

Es handle sich dabei um die Verweltlichung eines Aberglaubens, und die Verschwörungstheorie werde zu einer Ideologie, so der EKD-Kirchenrat. Es werde von einer „neuen Weltordnung" mit der Etablierung einer globalen Elite gesprochen. Verschwörungsmythen entstünden, wenn Menschen keine Teilhabe mehr an Entscheidungsprozessen hätten bzw. Regierende und Regierte sich voneinander entfernten.

Verschwörungsgläubige sähen sich laut Pöhlmann als Wissende und Aufgeweckte, die Mehrheit der Bevölkerung als Unwissende. Da es für sie keinen Zufall gebe, erklärten sie das Böse mit skrupellosen Verschwörern. Verschwörungstheorien seien selbst-immunisierend, verallgemeinernd und gefährlich, da sie Sündenböcke suchten.

Der Theologe bezeichnete den Verschwörungsglauben als eine „schlecht säkularisierte Theologie". Die Theodizee, also die Frage nach der Gerechtigkeit bzw. Rechtfertigung Gottes angesichts des Bösen in der Welt, werde auf Menschen als Verursacher umgemünzt und erklärt. Es werde nicht mehr gefragt, weshalb Gott dies oder jenes zulasse, sondern: ‚Weshalb passiert mir dies?' und dann werde ein Sündenbock gesucht. Verschwörungsgläubige verstünden sich als Aufklärer einer hinters Licht geführten Bevölkerung, agierten äußerst missionarisch, wobei sich das

Internet als idealer Multiplikator anbiete, sagte der Theologe.

Demnach bestehe für Christen eine zweifache Aufgabe im Umgang mit Verschwörungsgläubigen. Man müsse den Dialog suchen und die „Geister unterscheiden“. Es brauche sowohl eine religions- und weltanschauliche Aufklärung als auch Seelsorge, so Pöhlmann. Benötigt werde „Götzenkritik“ an dieser säkularisierten Ideologie, da der Verschwörungsglaube eine „Vergöttlichung des Weltlichen“ und somit eine Übertretung des ersten Gebots sei. Es handle sich um einen „versekteten Verschwörungsglauben“, der auf Täuschung fuße und zu Enttäuschung führe. Es gehe dabei immer auch darum, die Ängste und Motive des Verschwörungsglaubens ins Auge zu fassen, um Menschen entsprechend zu begleiten und die Abkehr zu ermöglichen, sagte Pöhlmann. Dass bei gewissen Menschen aus einer Verschwörungstheorie ein Ersatzglaube werden kann, fasste Matthias Pöhlmann so zusammen: „Wer nichts mehr glaubt, glaubt am Ende alles.“

Schweiz: Christen, Juden und Muslime erstmals mit gemeinsamer Flüchtlingserklärung

Fünf Appelle zum Schutz von Flüchtlingen an die Religionsgemeinschaften
© Cover: Schweizerischer Rat der Religionen

Bern/Schweiz/APD Die im Schweizerischen Rat der Religionen vertretenen Religionsgemeinschaften haben ihre Mitglieder aufgefordert, sich für Flüchtlinge zu engagieren. Gleichzeitig appellierten sie an die Adresse des Staates und der Politik, Verantwortung für die Bedürfnisse von Flüchtlingen zu übernehmen. Unterstützt wird das Projekt vom Flüchtlingshilfswerk der UNO. Es ist das erste Mal, dass sich Christen, Juden und Muslime gemeinsam zu Flüchtlingsfragen äußern.

„Diese Erklärung hat somit einmaligen Charakter und bedeutet einen großen Schritt im interreligiösen Dialog“, schreiben die Religionsgemeinschaften in ihrer Pressemitteilung. Wenn es um den Schutz von Flüchtlingen und deren Integration geht, komme den Religionsgemeinschaften und ihren Organisationen eine tragende Rolle zu. Vor diesem Hintergrund hat der frühere Flüchtlingshochkommissar und heutige Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, 2012 den internationalen Dialog „Faith and Protection“ („Glaube und Schutz“) angestoßen. Die Religionsgemeinschaften sollten sich in diesem Sinn auch zukünftig für den Flüchtlingsschutz einbringen.

Die im Schweizerischen Rat der Religionen vertretenen Religionsgemeinschaften haben dieser Aufforderung Folge geleistet und nehmen mit ihrer gemeinsamen Flüchtlingserklärung nun eine Vorreiterrolle ein. Bischof Harald Rein, Bischof der christkatholischen Kirche der Schweiz und amtierender Vorsitzender des Schweizerischen Rates der Religionen, betont: „Für Juden, Christen und Muslime gilt: Jeder Mensch ist Geschöpf Gottes und steht somit unter dessen Schutz. Für uns Gläubige ergibt sich daraus eine besondere Verantwortung gegenüber den Flüchtlingen."

Fünf Appelle für einen starken Flüchtlingsschutz

Aus diesem Verständnis leiten die Religionsgemeinschaften insgesamt fünf Appelle zur Schweizerischen Flüchtlingspolitik ab, die sie in Form einer gemeinsamen Erklärung am 7. November veröffentlicht haben:

1. Schutz vor Ort: Der erste Appell thematisiert den Schutz vor Ort, welcher ein wichtiges Ziel der Schweizer Flüchtlings- und Außenpolitik sein sollte. *2. Legale Fluchtwege:* Die Religionsgemeinschaften appellierten zudem an Staat und Politik legale Zugangswege in Form von Resettlement-Programmen als zentralen und dauerhaften Bestandteil im Schweizer Asylsystem zu verankern und die Vergabe von humanitären Visa zu erleichtern. *3. Faire und effektive Asylverfahren:* In der Schweiz brauche es zudem faire und effektive Asylverfahren, in denen der Flüchtlingsbegriff gemäß Genfer Flüchtlingskonvention umfassend angewendet wird. So sollen von Bürgerkrieg betroffene Menschen den Flüchtlingsstatus statt einer vorläufigen Aufnahme erhalten. *4. Integration – gleichberechtigte Teilhabe:* Unerlässlich sei auch, dass dem Recht auf Familienleben Rechnung getragen werde, sowie einer frühzeitigen Integration von Flüchtlingen. *5. Rückkehr in Würde:* Weiter wird eine Rückkehr in Würde für Personen gefordert, welche die Kriterien für die Schutzgewährung nicht erfüllen, das sogenannte „Resettlement". Dazu gehörten menschenrechtliche Standards beim Vollzug und die Beachtung des Kindeswohls in jeder Situation.

UNHCR spricht von „Vorzeigeprojekt"

Das Büro des Flüchtlingshilfswerks der UNO (UNHCR) für die Schweiz und Liechtenstein hat die Realisierung der Interreligiösen Erklärung zu Flüchtlingsfragen unterstützt. „Die interreligiöse Erklärung zu Flüchtlingsfragen, als Ergebnis einer Zusammenarbeit von UNHCR und Religionsgemeinschaften in der Schweiz, ist ein wichtiges Vorzeigeprojekt, das hoffentlich auch in weiteren Ländern Schule macht", so Anja Klug, Leiterin des Büros des UNHCR in der Schweiz.

Religionsgemeinschaften

Folgende Religionsgemeinschaften und Organisationen haben die fünf Appelle zum Schutz von Flüchtlingen auf den Weg gebracht: Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund (SIG), Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund (SEK), Schweizer Bischofskonferenz (SBK), Christkatholische Kirche der Schweiz, Föderation Islamischer Dachorganisationen Schweiz (FIDS), Koordination Islamischer Organisationen Schweiz (KIOS), Schweizerischer Rat der Religionen.

Die „Interreligiöse Erklärung zu Flüchtlingsfragen" kann hier heruntergeladen werden: https://bit.ly/2PeLmHL

Philippinen: erstes Zentrum für digitale Evangelisation gegründet

Spatenstich mit Vertretern der adventistischen Kirchenleitung in Silang
© Foto: Southern Asia-Pacific Division

Silang, Cavite/Philippinen/APD Auf den Philippinen erfolgte Anfang November in der Stadtgemeinde Silang, Cavite, der Spatenstich für ein neues mehrstöckiges Gebäude der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Wie die Kommunikationsabteilung der teilkontinentalen adventistischen Kirchenleitung in Südasien (Southern Asia-Pacific Division, SSD) berichtete, soll das fertige Gebäude neben zahlreichen kirchlichen Institutionen, wie dem neu gegründeten Zentrum für digitale Evangelisation, auch Gewerbeflächen, einen Tagungsraum für 600 Personen, 50 Gästezimmer sowie eine vegetarische Cafeteria beherbergen.

Center for Digital Evangelism
Das vor kurzem eingeweihte „Center for Digital Evangelism“ (Zentrum für digitale Evangelisation) ist nach Angaben der SSD das erste seiner Art. Es ist verbunden mit dem adventistischen Radiosender *Adventist World Radio* und hat die Aufgabe, Zuhörern vertiefende Angebote anzubieten sowie Social Media-Kanäle für die digitale Evangelisation zu nutzen. Das „Adventist World Radio Center for Digital Evangelism“ soll seinen Betrieb im Januar 2019 aufnehmen, wenn die benötigte Logistik, erforderliche Genehmigungen und digitale Optimierungen bereitgestellt sind.

Center of Influence
Am 5. November 2018 startete der Baubeginn für das neue „Center of Influence“ (Einfluss-Zentrum) in Silang. Am Hauptsitz der teilkontinentalen Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in Südasien (SSD) soll ein neues vierstöckiges Gebäude entstehen. Es werde das adventistische Zentrum für Gesundheitserziehung, Sozialdienste und andere Aktivitäten beherbergen. Weitere kirchliche Einrichtungen, die ebenfalls in das neue Gebäude umziehen werden, sind unter anderem der Rechnungsprüfungs-Dienst der Weltkirchenleitung (GCAS) und das Adventist World Radio Center for Digital Evangelism. Das Gebäude soll laut SSD im Jahr 2020 fertiggestellt sein.

Adventist zum Obersten Richter von Papua-Neuguinea ernannt

Sir Gibbs Salika zum Obersten Richter von Papua-Neuguinea ernannt
© Foto: Adventist Record

Wahroonga NSW/Australien/APD Sir Gibbs Salika, Mitglied der adventistischen Hohola-Kirchengemeinde in der Hauptstadt Port Moresby, wurde am 13. November für eine Amtszeit von zehn Jahren zum Obersten Richter von Papua-Neuguinea (PNG) ernannt, wie die australische Kirchenzeitschrift *Adventist Record* berichtet.

„Der Jurist Salika ist der dienstälteste Richter des Nationalen und Obersten Gerichtshofs und wird ein starker und unabhängiger Oberster Richter von Papua-Neuguinea sein", sagte PNG-Premierminister Peter O'Neill. „Ich gratuliere Richter Salika zu seiner Ernennung und bin zuversichtlich, dass er die für einen Obersten Richter erforderliche Leitungsrolle übernehmen wird."

Auch die Verantwortlichen der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Papua-Neuguinea überbrachten Glückwünsche: „Richter Salika dient seit langem als ehrenamtlicher Gemeindeältester in unserer Kirche und er ist ein aktives, dynamisches Mitglied", betonte Pastor Rex Koi, Generalsekretär der adventistischen Kirchenleitung in Zentralpapua. „Im Namen unserer Mitarbeitenden und der Kirchenmitglieder möchte ich dem Obersten Richter Gibbs Salika zu seiner Ernennung gratulieren", sagte Pastor Kepsie Elodo, Präsident der adventistischen Kirchenleitung in Papua-Neuguinea. „Wir sind hocherfreut über seine Leistung und glauben, dass Gott ihn auf diesen Posten berufen hat", so Elodo.

Richter Salika dient derzeit in seiner ersten Amtszeit als stellvertretender Oberster Richter. Er war seit 1989 während zwei aufeinanderfolgenden Amtszeiten Richter am Nationalen und Obersten Gerichtshof gewesen.

Adventisten in Papua-Neuguinea
In Papua-Neuguinea, mit 8,25 Millionen Einwohnern, feiern 310.500 mündig getaufte Mitglieder der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in 1.042 Gemeinden und 3.178 Gruppen jeweils am Samstag (Sabbat), dem biblischen Ruhetag, ihren Gottesdienst. Sie unterhalten eine Universität, ein College, 116 Grundschulen, zehn höhere Schulen und 34 ambulante Kliniken.

Adventisten in Nordamerika stellen Abgabenhöhe an Weltkirchenleitung infrage

Dan Jackson bei der NAD-Sitzung
© Foto: Pieter Damsteegt/Adventist Review

Silver Spring, Maryland/USA/APD Auf der Jahresendsitzung der teilkontinentalen Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in Nordamerika (North American Division, NAD) vom 2. bis 6. November wurde ein Antrag zur Verhandlung über die Höhe von Finanzabgaben an die adventistische Weltkirchenleitung angenommen. Wie die nordamerikanische Kirchenzeitschrift *Adventist Review* (AR) berichtet, richtete sich NAD-Präsident Pastor Daniel R. Jackson auf der Sitzung mit einer spontanen leidenschaftlichen Rede an die Delegierten.

Hintergrund des Antrages zu den Finanzabgaben ist die Tatsache, dass die NAD derzeit 6,35 Prozent ihres speziellen Spendenaufkommens („Zehnteneinnahmen") an die adventistische Weltkirchenleitung (Generalkonferenz) weitergibt, mit einer schrittweisen Reduzierung auf 5,85 Prozent bis 2020. Andere teilkontinentale adventistische Kirchenleitungen geben allerdings nur zwei Prozent dieser Einnahmen weiter. Die Delegierten stellten einen Antrag zur Aushandlung einer Neuregelung. Der Antrag wurde so formuliert, dass mit der Generalkonferenz die Frage der Finanzparität mit dem Ziel erörtert werden soll, die Parität in zwei bis drei Jahren zu erreichen.

Verschiedene Delegierte äußerten vor der Abstimmung ihre Ansichten sowohl für als auch gegen den Antrag. Der Finanzvorstand der Generalkonferenz, Juan Prestol-Puesán, bat die Delegierten laut AR, Vorsicht walten zu lassen und langsamer vorzugehen mit der Begründung, dass ansonsten dem missionarischen Auftrag der Kirche weltweit geschadet werden würde. „Selbst 5 Jahre sind zu kurz", sagte Prestol-Puesán und erwähnte auch, dass er viele Jahre lang als Finanzvorstand in der NAD tätig war, bevor er zur Weltkirchenleitung wechselte. Prestol-Puesán wies laut *Spectrum* ferner darauf hin, dass es sich bei den Prozentabgaben der Zehnteneinnahmen um Regelungen handele, die von der Weltkirchenleitung festgelegt worden seien. Eine Änderung seitens der NAD wäre nicht regelkonform. Dennoch wurde der Antrag mit 121 zu 90 Stimmen angenommen.

Persönlicher Appell des Präsidenten
Daniel Jackson drückte am Ende des Sitzungstages spontan und offen seinen Verdruss darüber aus, dass die teilkontinentale adventistische Kirchenleitung von manchen als illoyal angesehen werde. Dem hielt er entgegen: „Es gibt eine enorme Loyalität zur Kirche in der Nordamerikanischen Division“, so Jackson. Gleichzeitig machte Jackson klar, dass es in der Frage der angestellten Pastorinnen auf dem Gebiet der NAD kein Zurück geben würde: „Wir werden nicht aufhören, weibliche Pastoren einzustellen.“

Otto Uebersax – ehemaliger Kirchenleiter der Adventisten mit 102 Jahren verstorben

Otto Uebersax (2016)
© Foto: Alters- und Pflegeheim Oertlimatt

Krattigen/Schweiz/APD Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in der Deutschschweiz und die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Österreich trauern um Otto Uebersax, ihren ehemaligen Kirchenleiter. Er verstarb am 30. Oktober im Alter von 102 Jahren im Alters- und Pflegeheim Oertlimatt, bei Krattigen, im Berner Oberland.

Otto Uebersax wurde am 29.08.1916 in Tschechien geboren, wo er auch seine Jugendzeit verbrachte. Nach Abschluss einer kaufmännischen Ausbildung und einem Predigerlehrgang in der damaligen „Industrie- und Missionsschule Friedensau“, der heutigen „Theologischen Hochschule Friedensau“ (bei Magdeburg), begann er im Alter von 26 Jahren, mitten im 2. Weltkrieg, seinen Dienst als Bibelarbeiter der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland.

1945 zog er in die Schweiz und arbeitete zuerst als Mitarbeiter eines Pastors in der französischsprachigen Westschweiz, ehe er in die Deutschschweizerische Vereinigung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten wechselte. Von 1946 bis 1950 leitete er die Jugendabteilung, dann wechselte er von 1950 bis 1953 als Abteilungsleiter zur Kirchenleitung in Österreich. Von 1953 bis 1965 übernahm er die Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in der Deutsch-schweiz bevor er von 1966 bis 1979 als Kirchenleiter der Adventisten in Österreich diente.

Im Jahr 1979 kehrte er in die Schweiz zurück und beendete 1982 seinen offiziellen Dienst in der Schweiz. Nach seiner Pensionierung leitete er von 1982 bis 1989 die Adventgemeinden in Israel. Otto Uebersax sprach Tschechisch, Russisch, Deutsch, Französisch und Englisch und studierte während seines Einsatzes in Israel die moderne hebräische Sprache an der Universität Haifa. Nach seiner definitiven Rückkehr in die Schweiz predigte er regelmäßig in diversen Adventgemeinden der Deutschschweiz und nahm weiterhin eine aktive Rolle im Kirchengemeindeleben ein.

Seine Erfahrungen mit Gott, zwischen 1940 bis 1944 als Auslandschweizer im Dritten Reich, publizierte er 2004 in einem Buch mit dem Titel „Von guten Mächten wunderbar geborgen“. Otto Uebersax verbrachte seine letzten Jahre im Alters- und Pflegeheim Oertlimatt, einer Stiftung der Siebenten-Tags-Adventisten.

„Zeitlebens war Otto eine Persönlichkeit des Ausgleichs und der Versöhnung. Er sah seine Aufgabe innerhalb seiner Verantwortungsbereiche immer wieder in der Ermutigung zum Guten, im Vermeiden von Wunden und in der klugen und heilsamen Vermittlung zwischen Gegensätzen“, schreibt die Deutschschweizer Kirchenleitung in ihrem Nachruf.

Nordamerikanische Adventisten nehmen Stellung zum Beschluss der Weltkirchenleitung

Diskussion auf der Jahresendsitzung der nordamerikanischen Kirchenleitung (NAD)
© Foto: Pieter Damsteegt/Adventist Review

Columbia, Maryland/USA/APD Auf der Jahresendsitzung des Exekutivausschusses der adventistischen Kirchenleitung in Nordamerika (NAD) in Columbia, Maryland/USA, wurde am 6. November eine Antwort an die Weltkirchenleitung (Generalkonferenz) bezüglich des Dokuments zum Umgang mit Regelverstößen verabschiedet, das am 14. Oktober von der Weltkirchenleitung beschlossen worden war. In ihrer Stellungnahme bitten die nordamerikanischen Adventisten die Generalkonferenz diesen Beschluss wieder aufzuheben. Ferner sollen Minderheiten in der Weltkirche vor

Beschlüssen der Mehrheit in jenen Bereichen geschützt werden, die keine kirchlichen Lehraussagen oder keine biblischen Belange betreffen.

Das Dokument der Weltkirchenleitung (Generalkonferenz), auf das die nordamerikanische Kirchenleitung mit ihrer Stellungnahme reagiert, trägt den Titel: „Beachtung und Durchführung der Beschlüsse der Generalkonferenz-Vollversammlung und des Exekutivkomitees der Generalkonferenz“ und wird im Folgenden mit „Dokument“ bezeichnet.

Die Erklärung der nordamerikanischen Kirchenleitung betont deren Übereinstimmung mit der Weltkirche in allen 28 Glaubensüberzeugungen der Adventisten sowie die „Verpflichtung zur Einheit im Leib Christi“. Das Dokument der Generalkonferenz stehe „im Widerspruch zur Kultur des Respekts und der Zusammenarbeit“ wie dies die Bibel lehre, so die NAD.

Handlungsaufforderungen an die Weltkirchenleitung

Die NAD-Stellungnahme enthält daher drei Handlungsaufforderungen an die adventistische Weltkirchenleitung: 1. Der getroffene Beschluss bezüglich des Dokuments soll wieder aufgehoben werden. 2. Alle Richtlinien zu überarbeiten, die es einer Mehrheit kirchlicher Verwaltungseinheiten ermöglicht, einer Minderheit den Umgang mit Themen zu diktieren, die keine kirchlichen Lehraussagen oder keine biblischen Belange betreffen. 3. Die Weltkirche soll eine Erklärung abgeben, die den gemeinsamen Respekt vor dem Reichtum und der Vielfalt der verschiedenen Kulturen bekräftigt sowie einen kontextsensiblen Dienst stärkt.

Originaltext (auf Englisch) der Antwort der NAD zum Dokument der Weltkirchenleitung: https://www.nadadventist.org/sites/default/files/2018-11/Writing%20Committee%20Report-Final.rev__0.pdf

SOZIALES & ENTWICKLUNG

Australien: Partnerschaft zwischen Adventisten und Mäßigkeitsbewegung weiterhin stark

Symbolbild
© Grafik: OpenClipart-Vectors/pixabay.com

Wahroonga, NSW/Australien/APD Wie die australische Kirchenzeitschrift *Adventist Record* (AR) am 15. November mitteilte, trafen sich Mitte Oktober Frauen und Männer aus verschiedenen Konfessionen zum nationalen Treffen der *Women's Christian Temperance Union* (Christliche Frauenvereinigung für Mäßigkeit, WCTU) in Newcastle, NSW. Im Rahmen der dreitägigen Sitzung wurden Grundsatzreferate über die Gefahren von Drogen, Alkohol und Tabak gehalten und neue Verantwortliche für die nächsten drei Jahre gewählt.

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten habe die Arbeit der Women's Christian Temperance Union (WCTU) von Anfang an unterstützt, so AR. Vier Mitglieder der Freikirche wurden auf der diesjährigen WCTU-Sitzung in verschiedene Funktionsbereiche als Präsidentin und Vizepräsidentin, als Schatzmeisterin, als Direktorin für die Arbeit mit Kindern sowie als Verantwortliche für Seelsorge gewählt.

180 Jahre Wirken der Women's Christian Temperance Union
Während des Treffens habe es auch eine Reihe von Möglichkeiten für die Teilnehmer gegeben, um für die mittlerweile 180-jährige Bewegung neue Ideen zu entwickeln, die zu einer stärkeren Beteiligung von Ehrenamtlichen führen könnten. Ein Schwerpunkt der WCTU-Arbeit soll in Zukunft auch die jüngere Generation bilden, die unter großem Druck stehe, Alkohol und Drogen zu konsumieren. Der Anwalt und Lobbyist Tony Brown betonte die Bedeutung der WCTU. Es gehe weiterhin darum, Lobbyarbeit zu betreiben, damit die Regierungen Maßnahmen ergriffen, die vielfältigen Folgeschäden von Alkoholgenuss zu verringern.

Bundesregierung soll sich für Konfliktlösung im Jemen einsetzen

Symbolbild
© Foto: billycm/pixabay.com

Berlin/APD Acht im Jemen tätige deutsche Hilfsorganisationen haben Außenminister Heiko Maas aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen für eine Lösung einzusetzen, die das Wohl und die Rechte der Zivilbevölkerung im Jemen in den Vordergrund stellt.

Gegenwärtig stünden 14 Millionen Kinder, Frauen und Männer, etwa die Hälfte der Bevölkerung des Landes, am Rande einer Hungersnot. Was sie jetzt am dringendsten benötigten, wäre ein sofortiges Ende der Kämpfe. Die katastrophale Nahrungsmittelknappheit im Jemen sei eine direkte Folge der strikten Beschränkungen der Kriegsparteien beim Zugang zu Lebensmitteln, Kraftstoff, medizinischen Importen und humanitärer Hilfe. Der Zusammenbruch des jemenitischen Rial und die unzureichenden oder fehlenden Gehaltszahlungen an Beschäftigte des öffentlichen Diensts trügen zur tragischen Situation bei.

Angriffe auf die Zivilbevölkerung beenden
Neben dem Einsatz für einen Waffenstillstand fordern die Hilfsorganisationen die Bundesregierung auf, die Konfliktparteien dazu zu drängen, ihre Angriffe auf die Zivilbevölkerung zu beenden und sich auf sofortige und konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der humanitären Lage zu einigen. Dazu gehörten die Beseitigung von Hindernissen für den lebenswichtigen Zugang zu humanitären und kommerziellen Gütern überall im Land sowie die Vereinbarung eines Plans zur Bezahlung der öffentlichen Gehälter.

Die Hilfsorganisationen
Das Schreiben an den Bundesminister wurde unterzeichnet von den Geschäftsführern der humanitären Organisationen Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe *ADRA*, *Aktion gegen den Hunger*, *Care*, *International Rescue Committee* (IRC), *Islamic Relief*, *NRC Flüchtlingshilfe*, *Oxfam* und *Save the Children*.

USA: Zellproben von Florida Hospital an Internationale Raumstation ISS geschickt

Symbolbild
© Foto: kkolosov/pixabay.com

Orlando, Florida/USA/APD Der adventistische Klinikverbund *Florida Hospital* ist nach eigenen Angaben Teil eines neues Forschungsprojekts zur Untersuchung der Auswirkung von Mikrogravitation auf Muskelgewebe. Muskelzellen von Forschungsteilnehmenden des *Florida Hospital's Translational Research Institute for Metabolism & Diabetes* (Forschungsinstitut für Stoffwechsel & Diabetes, TRI) werden dazu mit einem Mini-Labor auf die Internationale Raumstation (International Space Station, ISS) gesendet.

Die Zellproben stammten von acht Teilnehmenden einer kürzlich von Dr. Paul Coen, einem Forscher am TRI, durchgeführten Studie über Alterung und Muskelabbau. Da die Zellen nur eine begrenzte Lebensdauer hätten, stünde lediglich ein kurzes Zeitfenster zur Verfügung, um die Auswirkungen der Schwerelosigkeit zu untersuchen, teilte Florida Hospital mit. „Wir hoffen, sieben Tage Mikrogravitation zu erhalten; dann werden die Proben konserviert, eingefroren und gelagert, bis sie … wahrscheinlich im Januar zurückgebracht werden", so die Wissenschaftlerin Dr. Siobhan Malany. Ein Forscherteam kann dann die Gen-Funktionen in den Zellen, die in den Weltraum geschickt wurden, mit denjenigen, die auf der Erde geblieben sind, vergleichen.

Forschungsergebnis für Behandlung wichtig

„Wir wissen, dass Mikrogravitation sehr nachteilige Auswirkungen auf die Skelettmuskulatur hat. Nach einem langen Aufenthalt im All kehren Astronauten in einem sehr schwachen Zustand zurück und sind oft auf einen Rollstuhl angewiesen, bis sich ihre Muskeln erholt haben", sagte Coen. „Dieses Experiment wird es uns ermöglichen, die Auswirkungen von Mikrogravitation auf die Muskelzellbiologie zu untersuchen." Die Ergebnisse dieser Raumfahrt-Forschung könnten auch für die Suche nach Behandlungenmöglichkeiten für altersbedingten Muskelabbau eingesetzt werden.

Florida Hospital

Das TRI ist Teil des Forschungszentrums des Klinikverbunds Florida Hospital. Forscher und Mediziner arbeiten dort im Rahmen von klinischen Studien zusammen, um einige der heutigen Gesundheitsprobleme zu behandeln. Nach eigenen Angaben ist das Florida Hospital mit 22 Standorten und einem jährlichen Besuch von mehr als einer Million Patienten einer der größten gemeinnützigen Gesundheitsdienstleister des Landes.

Deutsche Evangelische Allianz gegen Fremdbestimmung bei Organspende

Symbolbild
© Foto: blickpixel/pixabay.com

Bad Blankenburg/APD Die *Deutsche Evangelische Allianz* (DEA) hat zur Debatte im Deutschen Bundestag zum Thema Organspende Stellung genommen. Ausgangspunkt war ein Vorschlag von Gesundheitsminister Jens Spahn, eine sogenannte doppelte Widerspruchslösung einzuführen. Bei dieser wäre jeder Bürger zur Organspende verpflichtet, wenn er selbst oder seine Angehörigen nicht ausdrücklich widersprechen.

Die Organspende berühre ein sehr sensibles Thema, denn es gehe um nicht weniger als um Leben und Tod, so die DEA. Der Vorstand der Deutschen Evangelischen Allianz sei gegen eine Pflicht zur Organspende. Sie sei ein Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht und damit die Würde des Menschen.

Vertrauensvolle Regelung, um Menschen zur Spende zu motivieren
Der Generalsekretär der DEA, Hartmut Steeb, erklärte: „Eine Fremdbestimmung über den eigenen Körper lehnen wir ab. Deshalb darf es auch keine Pflicht zur Organspende geben.“ Ebenfalls strittig sei die Definition des Hirntods. Zudem sei es ethisch bedenklich, die Argumentation umzukehren: Der Tod gehöre zum Leben, das dürfe eine Gesellschaft nicht verdrängen. „Menschen sterben, weil sie krank sind, nicht, weil ihnen ein Dritter seine Organe vorenthält.“ Sie könnten andererseits durch Organspenden gerettet werden. Deswegen sei die Politik gefordert, eine vertrauensvolle Regelung zu finden, die viele Menschen zur Spende motiviere.

Dazu gehöre vor allem, Menschen frühzeitig über das Thema zu informieren. Zudem benötige es eine bessere Datenerfassung und nicht nur einen zufällig bei sich getragenen Spenderausweis sowie mehr qualifiziertes Personal in den Krankenhäusern. Auch müsse sich Deutschland für eine Eindämmung des internationalen Menschenhandels zur Entnahme von Organen engagieren, „denn dies ist ein grausames, menschenverachtendes Geschäft“, so Steeb.

Evangelische Allianz
Die Deutsche Evangelische Allianz (DEA) versteht sich als ein Bund von Christusgläubigen, die verschiedenen christlichen Kirchen, Gemeinden und Gruppen angehören. Die Evangelische Allianz hat sich 1846 als weltweiter Verbund in London konstituiert. Damit sei sie der am längsten bestehende Zusammenschluss evangelisch gesinnter Christen verschiedener Gruppen- und Gemeindezugehörigkeiten. Weitere Informationen unter: www.ead.de

USA: ADRA vergibt Auslands-Stipendien für Freiwilligentätigkeit

Symbolbild
© Foto: rawpixel/pixabay.com

Silver Spring, Maryland/USA/APD Das globale Freiwilligenprogramm der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe „ADRA Connections“ bietet neue Stipendien für freiwillige Dienste im Ausland an. Wie das Hilfswerk mitteilte, soll dieses Programm jungen Menschen in den USA ermöglichen, durch Freiwilligenarbeit zur sozialen Entwicklung in unterschiedlichen Ländern beizutragen.

„ADRA Connections“ rechnet von 2019 bis 2023 mit der Vergabe von 350 bis 400 Stipendien jährlich, die einen Teil der Kosten für den Freiwilligendienst im Ausland abdecken sollen. Die Stipendien reichen von rund 500 bis 1.200 US-Dollar, je nach Projekttyp und Land, in dem das Projekt stattfindet, so ADRA. Um ein Stipendium zu erhalten, müssten bestimmte Kriterien erfüllt sein. „ADRA Connections“ koordiniere jährlich 10 bis 15 Reisen, die auch ein Großbau-Projekt während der Sommersaison beinhalte, das Hunderte von Studenten aus den gesamten Vereinigten Staaten zusammenbringe.

Rückläufigkeit von Freiwilligentätigkeit bei Studenten
„Wir wollen die neue Generation junger Menschen herausfordern, sich stärker in den Dienst zu stellen, damit sie ein besseres Verständnis für die Bedürfnisse von Gemeinwesen auf der ganzen Welt hat", sagte Adam Wamack, Geschäftsführer von „ADRA Connections“. Das Stipendienprogramm ziele darauf ab, einem anhaltenden Rückgang der Freiwilligentätigkeit unter jungen Erwachsenen entgegenzuwirken. Laut einer aktuellen Studie der *University of Maryland* nehme die Zahl von Freiwilligen bei unter 25-Jährigen weiter ab. Schüler der Gymnasialstufe und Hochschul-Studenten würden die niedrigste Rate an Freiwilligentätigkeit aufweisen.

KULTUR

Evangelium weitergeben, Orientierung in Lebensfragen

Mitgliederversammlung der Vereinigung Evangelischer Freikirchen in Elstal

VEF-Delegierte mit Vorstandsmitglied Harald Rückert (r.)
© Foto: Michael Gruber/VEF

Wustermark (bei Berlin)/ APD „Die Zukunft der Kirche hängt entscheidend von unserer Bereitschaft und Fähigkeit ab, den Glauben weiterzugeben." Mit diesem Appell hat der Theologe, Autor und Bibelübersetzer Professor Dr. Dr. Roland Werner in der Mitgliederversammlung der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) dafür geworben, in den Kirchen ganz neu eine „Theologie und Praxis der Evangelisation" umzusetzen. Bei der Tagung im brandenburgischen Elstal vom 27. bis 28. November befassten sich die Delegierten aus den VEF-Kirchen zudem mit dem Lebensschutz, mit Asylverfahren von Konvertiten und mit den Vorbereitungen auf einen historischen Jahrestag, berichtete VEF-Pressesprecher Dr. Michael Gruber.

„Hierzulande haben wir den Glauben privatisiert und sind deshalb als Christen in der Öffentlichkeit und im Alltag nicht sichtbar", so die Analyse von Roland Werner. Darum sei die Evangelisation in einer Krise: „Bevor wir wieder stärker evangelistisch aktiv werden, müssen wir mit unserem Glauben aus der Privatsphäre heraustreten. Denn der Glaube ist zwar persönlich, aber nicht privat!" Wenn man dann über den Glauben ins Gespräch komme, sei es wichtig, Evangelisation nicht isoliert zu sehen: „Soziale Verantwortung und Evangelisation gehören zusammen. Wenn wir sie gegeneinander ausspielen, lähmen und schwächen wir uns selbst." Die Delegierten waren sich einig in dem Anliegen, die Evangelisation auf VEF-Ebene weiter zu stärken. „Dafür wollen wir zunächst vorhandene Netzwerke nutzen, denn nicht jeder muss das Rad neu erfinden", so VEF-Präsident Christoph Stiba. Deshalb werde man künftig enger mit der von Roland Werner geleiteten „Koalition für Evangelisation" zusammenarbeiten.

Lebensschutz

„Das Leben und die einzigartige Würde des Menschen als unantastbare Gabe Gottes sind von Anfang an und bis zu dessen Ende zu schützen und zu respektieren." Mit

diesem Motto gibt die Stiftung ProVita Orientierungshilfe in medizinethischen Fragen, die den Anfang und das Ende des Lebens betreffen – von vorgeburtlicher Diagnostik über Schwangerschaftskonfliktberatung bis hin zu Sterbebegleitung und Palliativmedizin. Dr. Detlev Katzwinkel und Dr. Heike Fischer vom ProVita-Vorstand stellten der Mitgliederversammlung die Arbeit der „Stiftung für Lebensethik" vor. „Es ist uns wichtig, keine einfachen Antworten zu geben, sondern differenziert hinzuschauen", betonte Heike Fischer. Denn, so Katzwinkel, man wolle mit Menschen ins Gespräch über Lebensthemen kommen: „Wir suchen den Diskurs und begegnen anderen Meinungen nicht mit Verurteilung."

Ablehnung christlicher Asylbewerber

Asylanträge christlicher Konvertiten werden oftmals dann abgelehnt, wenn es den Bewerbern in den Verfahren nicht gelingt, über die persönliche Dimension ihres Glaubens Auskunft zu geben. Diese Beobachtung und seine Vorschläge, wie damit umzugehen ist, erläuterte der VEF-Kirchenasylbeauftragte, Rechtsanwalt Andreas Hantschel aus Frankfurt. Hantschel führte in der Mitgliederversammlung aus, dass Bewerber, die aufgrund ihrer Konversion zum christlichen Glauben Asyl in Deutschland beantragen, laut einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts nachweisen müssen, dass sich bei ihnen eine feste religiöse Überzeugung gebildet hat und eine Prägung der religiösen Identität erfolgt ist. Um dies darzulegen, sei es unerlässlich, vom inneren Glaubensprozess zu berichten und die Entscheider so ins eigene Herz blicken zu lassen. „Wo Glaubensgeschwister dies tun und die Tiefe ihres persönlichen Glaubens nachvollziehbar beschreiben, stehen die Chancen für ihr Asylverfahren gut."

500 Jahre Täuferbewegung

Mit fünf Themenjahren ab 2020 und einem großen Abschluss zu Himmelfahrt 2025 will eine überkonfessionelle Initiative an 500 Jahre Täuferbewegung erinnern. Reinhard Assmann vom Trägerverein nahm die VEF-Mitgliederversammlung mit hinein in die Geschichte und stellte den aktuellen Stand der Planungen vor. Der 21. Januar 1525 gilt als Beginn der Täuferbewegung. Nach einer „heftigen öffentlichen Diskussion über die Kindertaufe fand an diesem Tag die erste sogenannte Gläubigentaufe statt", so Assmann. „Die Täufer verstanden sich stets als Teil der Reformation, wollten weiterführen, was sie in den frühen Jahren Luthers und Zwinglis verstanden hatten." Die Mennoniten verstünden sich als direkte Nachfahren der Täufer, doch „auch einige andere heutige Freikirchen sehen sich theologisch in der Tradition der Täuferbewegung."

Theologischer Grund- und Aufbaukurs

Dr. Oliver Pilnei vom BEFG und Jürgen Stolze von der Evangelisch-methodistischen Kirche stellten den Delegierten den Theologischen Grund- und Aufbaukurs der VEF vor. Seit über 40 Jahren bietet der Kurs eine theologische Fortbildung. Allein in den letzten zehn Jahren gab es über 400 Absolventinnen und Absolventen. VEF-Präsident Christoph Stiba würdigte den Kurs als „fundierte theologische Grundlegung für Laienprediger und alle an Theologie Interessierten." Er ermutigte dazu, das Angebot in den Freikirchen bekannt zu machen.

Weitere Informationen unter: www.vef.de

MEDIEN

Südamerika: Adventisten starten integrative Gesundheits-Webseite

Gesundheitsportal „Quiero Vida y Salud“
© Screenshot: Jens Mohr/APD

Silver Spring, Maryland/USA/ APD Um den Zugang zu verlässlichen Informationen über Gesundheit zu erleichtern, hat die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Südamerika das integrierte Online-Gesundheitsportal „Quiero Vida y Salud“ („Ich will Leben und Gesundheit“) auf Spanisch und Portugiesisch ins Leben gerufen. Wie die Kommunikationsabteilung der adventistischen Weltkirchenleitung Adventist News Network (ANN) mitteilte, sind auf dem Internetportal Artikel und audiovisuelle Ressourcen zu bestimmten Themen abrufbar, insbesondere im Zusammenhang mit der Prävention von Krankheiten.

Laut einer Umfrage einer Forschungseinrichtung im Pharmabereich führten über 40 Prozent der Brasilianer im Krankheitsfall eine Selbstdiagnose durch, die lediglich auf dem basiere, was sie in Online-Suchmaschinen fänden, so ANN. Das führe am Ende zu riskantem Verhalten. Der Internetauftritt „Quiero Vida y Salud“ konzentriere sich deshalb auf Gesundheitsförderung, nicht aber auf Erklärungen zur Behandlung von Krankheiten.

So würden Daten von adventistischen Institutionen wie Krankenhäusern und Ambulanzen in ganz Südamerika präsentiert. Man könne sich über gesunde Produkte informieren, die von adventistischen Lebensmittelherstellern in mehreren südamerikanischen Ländern entwickelt und verkauft werden. Tipps und praktische Hinweise zu gesundheitsbewusster Ernährung, Bewegung, Naturheilmitteln sowie ein Rezeptindex runden das Angebot ab.

Weitere Informationen unter: www.quierovidaysalud.com

7. MEDIA-DAY der Adventisten: „Brauchen Medien Ethik?"

Media-Day 2018
© Foto: Jens-Oliver Mohr/APD

Alsbach-Hähnlein (bei Darmstadt)/APD Unter dem Motto „Brauchen Medien Ethik?" fand am 11. November im europäischen Medienzentrum Stimme der Hoffnung e.V. in Alsbach-Hähnlein der 7. MEDIA-DAY der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten statt. Das Event will adventistischen Medienschaffenden und Medieninteressierten aus den Bereichen Video, Audio, Design, Fotografie, Text/Print, Journalismus, Kommunikation und Internet aus Deutschland, Österreich und der Schweiz eine Austausch- und Vernetzungsplattform bieten.

Bilder als „schnelle Schüsse ins Gehirn"
Dr. phil. Bojan Godina, Medienpädagoge und Theologe sowie Autor mehrerer Bücher, sprach als Gastredner über den Umgang mit Wahrheit und Fiktion in der Medienwelt. In den Medien gehe es ums „Wettrennen um die Aufmerksamkeit" der Konsumenten, welches die Säulen unserer Gesellschaft zerstöre, so Godina. Der Verhaltenswissenschaftler Werner Kroeber-Riel habe seine Studien zur Bildwirkung folgendermaßen zusammengefasst: „Bilder sind schnelle Schüsse ins Gehirn", zitierte Godina, da Bilder ohne Filter aufgenommen würden. Bilder könnten auf diese Weise ihre Wirkung unmittelbar erzielen, ohne eine filternde beziehungsweise kritische Instanz dazwischen. Dies mache sich die Werbewirtschaft mittels des Neuromarketings zu Diensten.

Godina forderte die Zuhörenden auf, Wahrheitsaufklärung und erbauliche emotionale Beeinflussung zu leisten. Alles müsse dabei echt sein. Weder Text noch Bild dürften manipuliert und Menschen nicht durch Spott abgewertet werden. Ethische Medienprobleme seien nur ein Schatten einer größeren problematischen Realität. Es gelte, die vierte Macht im Staat, die Medien, zu verstehen und zu achten, aber nicht zu missbrauchen.

Project Slam
Die rund 90 Teilnehmenden aus Deutschland, Österreich und der Schweiz sind mehrheitlich in den Bereichen Film, Fernsehen, Radio, Design, Fotografie, Journalismus, Kommunikation und Internet tätig. Im „Project Slam" nutzten 17 von ihnen die

Möglichkeit, ihre Projekte in Beiträgen von jeweils zehn Minuten Dauer vorzustellen. Viele dieser Projekte drehten sich um die Frage, wie im Medienzeitalter die gute Nachricht von Jesus Christus säkularisierten Zeitgenossen mittels heutiger Technik vermittelt werden kann.

MEDIA-DAY-Preis
Mit dem MEDIA-DAY-Preis wurde dieses Jahr Darleen Besmann ausgezeichnet, die auf YouTube den Kanal „MultiMOMS“ mit wöchentlichen Videos für junge Mütter bespielt (www.multimoms.de).

Pfingstgemeinden: Kirchen-Magazin „GEISTbewegt!“ wird eingestellt

Titelbild „GEISTbewegt!“
© Cover: BFP

Erzhausen (bei Darmstadt)/APD Die Herausgabe der Freikirchen-Zeitschrift „Geistbewegt!“ des *Bundes Freikirchlicher Pfingstgemeinden* (BFP) wird zum Jahrsende 2018 eingestellt. Wie die Pressestelle des BFP mitteilte, hatte dies Vizepräsident Frank Uphoff bereits Ende Oktober allen Abonnenten bekannt gegeben.

Das seit Jahrzehnten erscheinende Magazin des BFP erschien zunächst als Zeitschrift „Der Leuchter“ in einfacher Aufmachung. Später wurde daraus „Wort und Geist“, danach „GEISTbewegt!“. Allerdings würden aktuell durch die elektronischen Kommunikationswege wesentlich mehr Menschen als über das Printmedium erreicht, so die Pressestelle. Dies soll weiter ausgebaut und ergänzt werden. Die Möglichkeit, zukünftig ein unregelmäßiges erscheinendes Magazin herauszugeben, werde jedoch weiterhin geprüft.

Nach eigenen Angaben ist der Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden (BFP) die zweitgrößte Freikirche innerhalb der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) in Deutschland. Zum BFP zählen 56.275 Mitglieder in 820 Gemeinden. 316 davon (38,5 Prozent) sind Migrationsgemeinden. Weitere Infos unter: www.bfp.de

Arbeitshilfe zur Situation der Christen in Kuba und Venezuela

Arbeitshilfe Kuba und Venezuela
© Cover: Deutsche Bischofskonferenz

Berlin/APD Die römisch-katholische Deutsche Bischofskonferenz hat in Berlin eine Arbeitshilfe zur Situation der Christen in Kuba und Venezuela vorgestellt. Die Veröffentlichung ist Teil der kirchlichen Initiative „Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen in unserer Zeit“.

Laut Erzbischof Dr. Ludwig Schick (Bamberg), Vorsitzender der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, sei die prekäre Menschenrechtslage in Kuba und Venezuela zwar bekannt, die Einschränkung der Religionsfreiheit auf diesem doch sehr katholisch geprägten Kontinent werde jedoch weniger vermutet. In beiden Länder herrschten autoritäre Regime, die sich durch Freiheitsrechte und deshalb auch durch die Religionsfreiheit bedroht fühlten. „Denn je autoritärer eine Regierung ist, desto größer ist ihr Kontrollanspruch“, so Schick. Unter den Einschränkungen der Freiheitsrechte litten vor allem jene, die sich politisch und gesellschaftlich engagieren wollten. Dazu zählen auch die Christen, die sich im Sinne der katholischen Soziallehre für gerechte und demokratische Strukturen und für das Gemeinwohl einsetzten.

Im Fadenkreuz des Partei- und Staatsapparats
In dem Einparteienstaat Kuba sei die Überwachung des privaten und öffentlichen Lebens besonders ausgeprägt. Alle privaten oder gesellschaftlichen Initiativen, die im Verdacht stünden, das Gestaltungsmonopol der Staatspartei infrage stellen zu können, würden rabiat eingeschränkt oder ganz verhindert. Religiöse Akteure, deren pastorales oder caritatives Engagement politische Züge annehme – was sich im Einsatz für arme, diskriminierte und marginalisierte Menschen kaum vermeiden lasse – gerieten schnell ins Fadenkreuz des Partei- und Staatsapparats. Administrative Schikanen und systematische Benachteiligung bis hin zu Gefängnisstrafen wären an der Tagesordnung. Eine Verfolgung von Christen allein aufgrund ihrer religiösen Grundüberzeugungen gebe es in Kuba nicht, betonte Erzbischof Ludwig Schick. Doch wenn Gläubige von ihrem christlichen Menschenbild ausgehend öffentlich Meinungsfreiheit einforderten, drohten ihnen sofort Sanktionen.

Viele Menschen suchen im Müll nach Essen
Auch in Venezuela wäre die Lage dramatisch, informierte Schick. Dort werde die römisch-katholische Kirche als „einzige verbliebene Opposition im Land“ bezeichnet. Sie mache die Regierung von Präsident Maduro mit deutlichen Worten für die vielen

Krisen im Land verantwortlich. Diese politische Einmischung und Anwaltschaft für die in Not geratenen und in Not gebrachten Menschen bringe die aktiven Christen und Bischöfe in Gefahr. Der Vorsitzende der Venezolanischen Bischofskonferenz, Erzbischof José Luis Azuaje Ayala (Maracaibo), schilderte die dramatische humanitäre Situation in seinem Heimatland: „Es gibt inzwischen viele Menschen, die im Müll nach Essen suchen. Das widerspricht der Menschenwürde." Medikamente und Grundnahrungsmittel seien im ehemals reichsten Land Lateinamerikas knapp geworden, täglich emigrierten tausende Venezolaner ins Ausland. Wer die politischen Ursachen dieser Misere benenne, werde bedroht. So würden unter Präsident Maduro auch die Polemik und die Aggression gegenüber der römisch-katholischen Kirche massiv zunehmen. Erzbischof Azuaje Ayala beklagte die Untergrabung der Demokratie in Venezuela und mahnte den Einsatz für Freiheit, Menschenwürde und Menschenrechte an. Für seine Kirche in Venezuela erklärte er: „Sie steht an der Seite der Notleidenden, auch wenn dies viele Unannehmlichkeiten und Bedrängungen mit sich bringt."

Arbeitshilfe
Die Arbeitshilfe „Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen in unserer Zeit – Kuba und Venezuela" gibt einen Überblick über die Situation des Christentums in Kuba und Venezuela, erläutert aktuelle Konfliktlinien, analysiert die Hintergründe und lässt Mitglieder der katholischen Ortskirche zu Wort kommen. Sie kann im Internet heruntergeladen werden unter:
https://www.dbk-shop.de/index.php?page=product&info=28261&dl_media=29214

Die Initiative „Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen" wurde von den deutschen Bischöfen 2003 ins Leben gerufen, um für die Lage bedrohter Katholiken zu sensibilisieren.

SEA-Medientag: „Darstellung der (Frei)Kirchen in den Medien"

Giuseppe Gracia auf dem SEA-Medientag 2018
© Foto: Herbert Bodenmann/APD Schweiz

Dübendorf/Schweiz/APD Am 23. November führte die Schweizerische Evangelische Allianz (SEA) in Dübendorf bei Zürich ihren jährlichen Medientag durch. 2018 stand er unter dem Thema „Darstellung der (Frei)Kirchen in den Medien". Der Medienforscher Professor Dr. Vinzenz Wyss stellte fest, dass Journalisten meist keine Fachleute bezüglich Religion seien und die Vertreter der Freikirchen nicht wirklich Kontakt mit

Journalisten pflegten. Giuseppe Gracia, Schriftsteller und Kommunikationsberater, machte klar, dass die Kernsubstanz des christlichen Glaubens den Zeitgeist infrage stelle und als Spaßbremse wahrgenommen werde. Das sei einer der Gründe für die oft negative Darstellung der Kirchen in den Medien.

Professor Wyss stellte Ergebnisse verschiedener Studien vor. Religion sei in den Medien kaum ein Thema oder nur im Zusammenhang mit Irritationen und Skandalen, gemischt mit politischen, finanziellen, sexuellen oder kriminellen Aspekten zu finden. Die einzige Fachredaktion „Religion" bestehe noch beim Schweizer Radio und Fernsehen (SRF). In Nachrichtenredaktionen der anderen Medien sei viel Fachwissen bezüglich Religion verloren gegangen. Journalisten wären oft für verschiedene Ressorts zuständig und stünden unter hohem Zeitdruck. 2008 hätten sich 32,4 Prozent der Journalisten in der Schweiz als religionslos bezeichnet, 2015 lag die Zahl bei 46,8 Prozent, so Wyss. Überrascht habe ihn, dass über die Freikirchen in der Schweiz fast gleich negativ berichtet werde wie über nicht-christliche Religionen. Laut Wyss wird in lokalen und regionalen Medien über Freikirchen weit weniger negativ berichtet als in großen Medien mit weiter Verbreitung.

Aktiv Wissenslücken von Journalisten über Freikirchen schließen

Die anwesenden Vertreter von Freikirchen forderte Professor Wyss auf, aktiv die Wissenslücken von Journalisten über ihre Freikirche zu schließen und den Kontakt zu ihnen zu suchen. Des Weiteren könnten Freikirchen Hilfsaktionen, Weihnachten oder die Fluchtthematik nutzen, um Ereignisse mittels Medien mit der Öffentlichkeit zu teilen.

Kernsubstanz des christlichen Glaubens stellt Zeitgeist infrage

Giuseppe Gracia, Schriftsteller und Kommunikationsberater, betonte, dass die Kernsubstanz des christlichen Glaubens den Zeitgeist infrage stelle und diesem auch nicht angepasst werden dürfe. Der christliche Glaube habe es in sich, dass er zu zeitkritischen Positionen führe und Befremden auslöse. So sei er ein Kontrast zur allgegenwärtigen Ökonomisierung, Digitalisierung und Globalisierung des Lebens. Christen würden von der Gesellschaft als „Spaßbremsen" wahrgenommen, so Gracia. Für eine positive Vermittlung des Glaubens gehe es darum, dass der Glaube von seiner Substanz her neu mitteilbar gemacht werden müsse. Dabei sollte aber bedacht werden, dass der relativistische und subjektivistische Zeitgeist der Chefredakteur der großen Medien sei, so Giuseppe Gracia.

Er gab den Medieninteressierten drei Grundsätze für eine gute Medien- und Kommunikationsarbeit mit: Es sei nicht konstruktiv, zu moralisieren. Vielmehr gelte es, vom christlichen Menschenbild zu sprechen. Dann gehe es darum, Horizonte zu öffnen, indem die eigentlichen Sehnsüchte der Menschen nach Verbindung, Liebe und Gemeinschaft angesprochen würden. Und als Drittes: Aufklären über die Aufklärung: Freiheit, Gleichheit und Menschenwürde seien in der Antike undenkbar gewesen. Sie wären erst durch den Einfluss des Christentums in jenen Regionen denkbar geworden, in denen vorwiegend Christen gelebt hätten. Jesus habe sich für die Trennung von Kirche und Staat eingesetzt. Christen sollten deshalb nicht als Gegner einer liberalen Gesellschaft auftreten, sondern ihren Glauben bezeugen, der vom christlichen Menschenbild geprägt sei.

Podium: „Raus aus der Schublade"

Im Umgang mit Journalisten und für eine gelingende Medienarbeit riet Giuseppe Gracia in der Podiumsdiskussion, dass die christliche Wahrheit mit Argumenten und auf

der Sachebene wieder thematisiert werden solle. Dabei gelte es das Wort von Friedrich Dürrenmatt zu bedenken: „Der Wissende weiß, dass er glauben muss, nur der Unwissende glaubt, dass er weiß.“ Man müsse die zu vermittelnden Inhalte, wie Glaubenssätze, kennen und sich überlegen, wie man sie am besten kommunizieren könne, damit sie verstanden würden.

Bezeichnung „Freikirche“
Auf die Frage von Markus Baumgartner, Moderator der Podiumsdiskussion, wie die Bezeichnung „Freikirche“ wahrgenommen werde, sagte die Mehrheit der fünf Teilnehmenden, dass die Bezeichnung „Sekte“ und „Freikirche“ oft in den gleichen, abwertenden Topf geworfen werde. Die Bezeichnung „Freikirche“ sei nicht mehr zu retten, besser wäre es, sich „Kirche“ zu nennen.

REZENSION

Sebastian Liebold/Tom Mannewitz/Madeleine Petschke/Tom Thieme (Hrsg.), *Demokratie in unruhigen Zeiten*

Festschrift für Eckhard Jesse

Baden-Baden: Nomos 2018, 474 Seiten, gebunden, 98 Euro, ISBN 978-3-8487-4194-6

Bei dem zu besprechenden Werk handelt es sich um eine Festschrift, die anlässlich des 70. Geburtstags von Professor Dr. Eckhard Jesse erschienen ist. Der Jubilar gilt als führender Extremismusforscher in Deutschland und war von 1993 bis 2014 Inhaber des Lehrstuhls „Politische Systeme, Politische Institutionen“ an der Technischen Universität Chemnitz. Herausgeber und Beitragende stammen aus dem Kreis der akademischen Schüler Jesses, der bis dato 92 Dissertationen und 5 Habilitationsschriften (auch als Zweitgutachter) betreut hat.

Aufbau und Inhalt
Zur umfassenden Festschrift „Demokratie in unruhigen Zeiten“ (insgesamt nahezu 500 Seiten!) haben neben den vier Herausgebenden weitere 36 Schüler Jesses beigetragen. Allein diese Tatsache zeigt, dass sich der Inhalt des Bandes nicht auf einen einzigen Nenner bringen lässt, zu unterschiedlich sind die behandelten Themen. Dennoch haben die Herausgebenden versucht, sie in fünf große Abschnitte zu gliedern: „Zeit- und Ideengeschichte“ (S. 33-128), „Extremismus in Deutschland“ (S. 129-250), „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ (S. 251-329), „Repräsentation und

Partizipation“ (S. 331-396) sowie „Deutschland und Europa“ (S. 397-464). Der Band wird eingeleitet durch „Einführende Überlegungen“ seitens der Herausgebenden. Ein „Verzeichnis der abgeschlossenen Habilitationen und Promotionen bei Eckhard Jesse“ sowie ein „Autorenverzeichnis“ schließen die Festschrift ab.

In ihren einführenden Überlegungen (S. 9-32) gehen Sebastian Liebold, Tom Mannewitz, Madeleine Petschke und Tom Thieme unter anderem der Frage nach, ob man von einer durch den Jubilar gegründeten „Chemnitzer Schule der Politikwissenschaft“ sprechen kann. Die Autoren der Festschrift waren aufgefordert, einen Aufsatz „beizusteuern, der Anknüpfungspunkte zu den ‚Steckenpferden‘ von Eckhard Jesse ermöglicht“ (S. 28).

1. Zeit- und Ideengeschichte

In seinem Beitrag „Als die Totalitarismustheorie das Laufen lernte“ zeichnet Helmut Müller-Enbergs die Etablierung der Totalitarismustheorie in den Vereinigten Staaten der 1950er Jahre nach. Gerahmt durch Wirken und Person von Henry Kissinger (geb. 1923) wird der Zusammenhang von DDR und Totalitarismus untersucht. Alexander Gallus beschreibt „Drei Lebenswege zwischen intellektueller ‚Hochbegabung‘, politischer Radikalität und terroristischer Gewalt - Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Horst Mahler und die ‚Studienstiftung des deutschen Volkes‘“. Michael Ploenus befasst sich mit dem Publizisten und Vordenker der deutschen „Neuen Rechten“, Armin Mohler (1920-2003). Isabelle-Christine Panreck schreibt über die Studentenunruhen an der Universität Tübingen Ende der 1960er Jahre. Noch weiter zurück schaut Andreas Morgenstern in seinem regionalhistorischen Text über die Zerwürfnisse der Jahre 1917-1919 im Städtchen Schiltach mitten im Schwarzwald. Tobias Wunschik beschreibt das zwiespältige Verhältnis der Staatssicherheit der DDR zum venezolanischen PLO-Terroristen Carlos (Illich Ramirez Sánchez). Steffi Lehmann widmet sich der Frage, welche Ursachen den Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern begünstigt haben. Katja Eddel wirft in ihrem Beitrag „Japan und der Linksterrorismus der Roten Armee“ einen Blick über den deutschen Tellerrand hinaus. Der erste Teil der Festschrift wird abgeschlossen durch zehn Thesen, die Hans-Georg Golz zur politischen Bildung nach der deutschen Wiedervereinigung aufstellt.

2. Extremismus in Deutschland

Julia Gerlach ergründet in ihrem Beitrag „Neue Herausforderungen und streitbare Demokratie“ das Spannungsverhältnis von Freiheit und Sicherheit im Rahmen des Demokratieschutzes. Dieser ist nach Meinung der Autorin „ein kontinuierlicher und responsiver, wenn gleich nicht gradueller politischer Aushandlungsprozess“ (S. 131). Um das „Sicherheitsempfinden in unsicheren Zeiten“ geht es Tom Thieme in seinem Text zum Verhältnis von objektiver und subjektiver Sicherheit. Auf den Beitrag von Ralf Grünke wird weiter unten näher eingegangen. Im Aufsatz „Auf Messers Schneide“ beschreibt Birgit Rätsch die gescheiterten Versuche, die NPD im Rahmen eines Verbotsverfahrens loszuwerden. Florian Hartleb untersucht in seiner Analyse „Der Fall Anis Amri“ sowohl den Anschlag auf dem Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz 2016 als auch das entsprechende Behördenversagen. Jürgen P. Lang beschäftigt sich mit der historischen Entwicklung von Verschwörungsideologien, Fabian Fischer in „Identität, Gemeinschaft und dunkle Mächte“ mit der Rolle und Funktion von Feindbildern im politischen Extremismus. Auf den Beitrag von Evelyn Bokler-Völkel wird ebenfalls am Ende der Rezension näher eingegangen. Sebastian Gräfe geht den Kommunikationsstrategien im Bereich des Rechtsterrorismus anhand eines „Vergleichs von sechs Gruppen aus fünf Jahrzehnten“ nach. Am Ende des

zweiten Abschnitts stehen die Texte von Andreas Schulze „Rechtsextremismus in sozialen Netzwerken“ sowie von Andreas M. Vollmer „Reichsbürger und Selbstverwalter - funkelnde Sterne am Extremismus-Himmel“.

3. Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Gunter Gerick wirft in seinem Beitrag „Stürmische Zeiten“ einen „Blick auf die politische Großwetterlage“ (S. 253). Die Notwendigkeit einer offenen Auseinandersetzung betont Alexander Löcher unter dem Titel „Pegida: Eine vertane Chance für unsere Demokratie“: „Insbesondere kritische, national-konservative Meinungen und Sichtweisen finden sich kaum in den redaktionellen Print-Medien, im Rundfunk oder Fernsehen, dafür umso mehr im Internet. Und hier liegt das Problem“ (S. 272). Tom Mannewitz stellt den „Wettbewerbsstrategien gegenüber Rechtsextremisten und –populisten“ (Ignorieren, Kopieren, Zusammenarbeiten, Ausgrenzen und Entgegnen) eine Alternative zur Seite: „die offensive und fortwährende Dekonstruktion der Forderungen von Rechtsaußenparteien“ (S. 284). Ulrike Klötzing-Madest nimmt sich unter der Fragestellung „Wieviel Gefühl braucht Demokratie?“ des Stellenwerts von Emotionen in der Politik an. Um Psychologie beziehungsweise „Psychopathen“ geht es im Beitrag von Farah Dustdar: „Je mehr die Wähler Erkenntnisse über menschliche Verhaltensweisen gewinnen, desto besser können sie sich und ihren zukünftigen Repräsentanten, d. h. politische Kandidaten, verstehen und erkennbarem Fehlverhalten im Rahmen ihrer Möglichkeiten konstruktiv entgegenwirken“ (S. 307). Die beiden letzten Beiträge des Abschnitts behandeln Aspekte der deutschen Erinnerungskultur: Andreas H. Apelt beschreibt Idee und Umsetzung des Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin, Sebastian Prinz die Geschichte des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus im Deutschen Bundestag.

4. Repräsentation und Partizipation

Für Bastian Scholz wäre die „Jamaika“-Koalition nach der letzten Bundestagswahl ein „Befreiungsschlag eines erstarrten Regierungssystems“ gewesen. Scholz wagt aufgrund dessen „eine Prognose der deutschen Koalitionsdemokratie 2021“. „Mehr Frauen braucht das Land“ – davon ist Christian Steg überzeugt und plädiert für ein Paritätsgesetz zur gleichberechtigten Beteiligung beider Geschlechter an der Politik. Für mehr Bürgerbeteiligung spricht sich Peter Patze-Diordiychuk aus. Dazu könnten beispielsweise „Bürgeranträge, Bürgerversammlungen, Bauleitplanungs- und Planfeststellungsverfahren“ verhelfen. Viola Neu befasst sich in ihrem Beitrag mit „Prognosen und Meinungsforschung“. Sebastian Hadamitzky setzt sich kritisch mit der Online-Wahlhilfe „Wahl-O-Mat“ auseinander. Abgeschlossen wird der vierte Abschnitt mit einem Beitrag von Andreas Wagener, der sich mit Chancen und Risiken einer „Digitalisierung der Politik“ am Beispiel der „libertären Technologie der Blockchain“ befasst.

5. Deutschland und Europa

Udo Baron beschäftigt sich mit dem „Spannungsverhältnis zwischen liberaler Demokratie und Populismus“ in Europa. Julia Heydemann entwirft eine Zukunftsvision für die EU, die sie allerdings pessimistisch ausklingen lässt: „Die wunderliche Innsul EUtopia erscheint heute weiter entfernt denn je“ (S. 414). Auf den Beitrag folgt eine Überlegung von Sebastian Liebold zur Stellung des Bundesrats als Länderkammer im Gefüge der Europäischen Union. Einen Vergleich „europäischer Wohlfahrtsstaaten am Beispiel der deutschen Familien- und Rentenpolitik“ unternimmt Sandra Fischer. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Tschechien nimmt Lukáš Novotný in den Blick, während sich Adriaan Ph. V. Kühn zu guter Letzt zum „Stand von Demokratie,

Populismus und Extremismus in Spanien“ äußert.

Ausgewählte Beiträge
An dieser Stelle sollen zwei ausgewählte Aufsätze etwas näher vorgestellt werden, da diese, dem Charakter des Rezensionsorgans entsprechend, einen direkten Bezug zum Themengebiet „Religion“ aufweisen.

Kampf gegen Extremismus und Sektenabwehr
Der Politikwissenschaftler Ralf Grünke vergleicht in seinem Beitrag (S. 151-160) die Tätigkeiten der deutschen Verfassungsschutzbehörden mit denen der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) in Berlin, wobei der Schwerpunkt auf letzterer liegt. Die EZW ist nach eigenen Angaben „die zentrale wissenschaftliche Studien-, Dokumentations-, Auskunfts- und Beratungsstelle der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für die religiösen und weltanschaulichen Strömungen und Gemeinschaften der Gegenwart. Sie hat den Auftrag, diese wahrzunehmen, zu verstehen und aus evangelischer Sicht einzuordnen.“ Grünke problematisiert den Sektenbegriff, spricht den Mitgliederschwund der Volkskirchen an und beschreibt den Stil einer „dialogischen Apologetik“ (S. 156) seitens der EZW. Er betont: „Die Sektenabwehr zum Schutz der Interessen der Volkskirchen kann selbstredend unmöglich zum gesamtgesellschaftlichen oder gar staatlichen Ziel werden“ (S. 156). Der Schlusssatz des Beitrags, „aber beide sind Obst“ (S. 160), schließt zwar literarisch konkludent an die im Titel aufgeworfene Frage eines Vergleichs von „Äpfel und Birnen“ an, droht aber allzu leicht die ebenfalls von Grünke herausgearbeiteten, bei allen Parallelen doch erheblichen Unterschiede beider Institutionen wieder zu relativieren. Nach Meinung des Rezensenten regt der Beitrag dazu an, die Herausforderungen einer noch deutlicheren Selbstbeschränkung der EZW auf den eigenen kirchlichen Bereich und die Inanspruchnahme dieser Einrichtung durch säkulare Institutionen weiter zu problematisieren.

Die Apokalypse des Dschihadismus
Der Frage, wo die dschihadistische Ideologie ideengeschichtlich zu verorten und ob sie eine neue Form von Totalitarismus ist, geht Evelyn Bokler-Völkel nach (S. 207-216). Die Autorin ist Lehrbeauftragte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn und Habilitandin im Fach Politikwissenschaft. Nach der Definition einschlägiger Begriffe wird der Dschihadismus als „extrem gewaltsame Unterform des Islamismus, der den Dschihad, d.h. den Heiligen Krieg, in den Mittelpunkt seiner Lehre rückt“ (S. 208), eingehend analysiert. Bokler-Völkel kommt zu dem Ergebnis, dass sich der Dschihadismus trotz vieler Gemeinsamkeiten von einer totalitären Ideologie absetzt (S. 216). Die Ausführungen zum „Islamischen Staat“ (IS) aus religionsphänomenologischer Perspektive enthalten treffende und kluge Beschreibungen. Weniger überzeugt hat den Rezensenten Bokler-Völkels Sichtweise auf den religionsgeschichtlichen Hintergrund des Dschihadismus: die Autorin sieht in den drei abrahamitischen Religionen (Judentum, Christentum, Islam) ein gemeinsames „dualistisches, lineares Weltverständnis“, „das die Geschichte zu einem Kampf zwischen Gut und Böse existentiell steigert“ (S. 208). Bokler-Völkels stellt die These auf: „Der heutige Islamismus bzw. Dschihadismus bewegen sich in dieser eschatologischen Denktradition, welche der Geschichte einen Kampf zwischen dem Guten, Allah, und dem Bösen, dem Teufel, zugrunde legt und so eine eschatologische Teleologie definiert“ (S. 208). Abgesehen von der Unvollständigkeit und Brüchigkeit ihrer diesbezüglichen Ausführungen zu Juden- und Christentum stellt sich die Frage, welche Belege die Autorin für diese These beibringt. Der Dualismus bzw. der Teufel spielt im Islam aufgrund der absoluten

Herrschaft und Souveränität Allahs längst nicht die Rolle, welche Bokler-Völkel ihm hier zuordnet.

Fazit

Durch die Kürze der Beiträge und die Breite der abgedeckten Inhalte vermag die Festschrift dem geneigten Leser bei allem Ernst des Themas auch „in unruhigen Zeiten“ eine angenehme „Brise frischen Windes“ zu verleihen. Je nach persönlichem Interesse wird man bei manchen Aufsätzen stärker „hängenbleiben“ als bei anderen. Insgesamt zeichnet sich das Werk durch umfassende politikwissenschaftliche Gelehrsamkeit und deutlichen Gegenwartsbezug aus: die Stabilität unserer Demokratie und ihre Gefährdungen gehen schließlich jeden Bürger etwas an. Es wäre zu wünschen, dass die Beiträge dieses Bandes auch von politisch Verantwortlichen jeder Couleur rezipiert werden. Der relativ hohe Preis wird vermutlich manchen Interessenten leider davon abhalten, sich diese vielseitige und aktuelle Festschrift für seine Privatbibliothek anzuschaffen.

Jens-Oliver Mohr

IMPRESSUM

Die Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Herausgeber:	Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein
Redaktion:	APD-Zentralredaktion Deutschland Postfach 4260, 73745 Ostfildern Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern Telefon 0711-44819-14, Telefax 0711-44819-60, E-Mail: info@apd.info Jens-Oliver Mohr (verantwortlich), Holger Teubert (stellvertretend) Claudia Mohr, Dietmar Päschel
Erscheinungsweise:	monatlich
Redaktionelle Zusammenarbeit:	APD Schweiz, Redaktion, Postfach, CH - 4020 Basel Telefon +41-79-225 95 11 E-Mail: APD-CH@apd.info Herbert Bodenmann (verantwortlich) Adventist News Network (ANN), 12501 Old Columbia Pike, Silver Spring, Maryland 20904-6600, USA Telefon +1-301-680-6306, Telefax +1-301-680-6312 E-Mail: costaw@gc.adventist.org Williams S. Costa Jr. (verantwortlich) „Adventisten heute", Pulverweg 6, 21337 Lüneburg Telefon 04131-9835-521, Telefax 04131-9835-502 E-Mail: info@advent-verlag.de, Internet: www.advent-verlag.de Thomas Lobitz (verantwortlich)
APD-INFORMATIONEN online:	www.apd.info
Facebook:	APD - Adventistischer Pressedienst Deutschland
Twitter:	@apd_info

Kostenlose Textnutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe „APD". Das Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes.

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie über 20 Millionen erwachsene Mitglieder und mehr als 25 Millionen Gottesdienstbesucher in 210 Ländern der Erde. In Deutschland sind knapp 35.000 Mitglieder in 558 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.